

SPARTAKIST 4

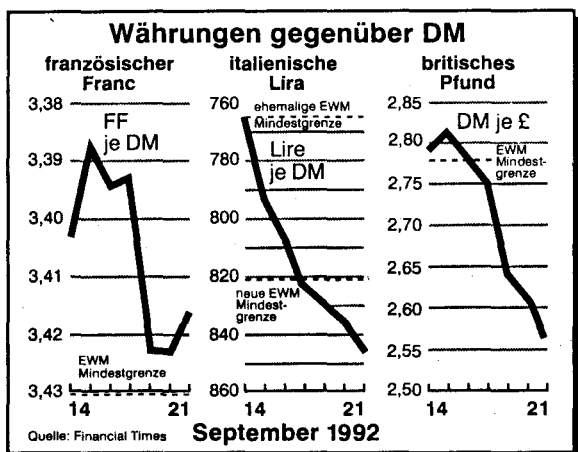
HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 98

OKTOBER 1992

50 Pfennig

Bankiers des Vierten Reichs zünden das...



EWM = Europäischer Währungsmechanismus



Der Spiegel

DM-Dominanz führt zu panischem Börsenkrach, wie hier in Italien

Euro-Chaos

Eine einheitliche europäische Währung bis zum Ende des Jahrhunderts – eine wirtschaftliche und politische Union – eine gemeinsame Außenpolitik auf der Grundlage einer unabhängigen Streitmacht – ein neuer europäischer Superstaat. Monatelang, seit dem westeuropäischen Gipfel in der niederländischen Stadt Maastricht im letzten Dezember, ist die Welt mit dieser Art von Euro-Unsinn bombardiert worden. Aber jetzt ist all das wie eine Seifenblase geplatzt. Mit der französischen „Ja-Aber“-Abstimmung über den Vertrag von Maastricht und besonders mit der spektakulären europäischen Währungskrise Mitte September hat sich die Fata Morgana eines vereinigten kapitalistischen Europa in nichts aufgelöst.

„Europas Pläne für eine Wirtschaftsunion fliegen vor den Augen der Welt auseinander“, untertrieb das *Wall Street Journal*. In Schweden – dem gesetzten, spießigen, soliden Schweden – verlangte die Zentralbank 500 Prozent Zinsen von den Geschäftsbanken, um den Ansturm auf die Krone zu stoppen. Die Bank of England verlor ein Viertel ihrer gesamten Devisenreserven an einem einzigen Tag bei ihrem glücklosen Versuch, das Pfund zu verteidigen, und gleichzeitig haben die Franzosen bei dem Versuch, den Kurs des Franc zu stabilisieren, bis heute die Hälfte ihrer Reserven verloren. Der britische Schatzkanzler und der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl tauschten Beleidigungen aus, die in früheren Zeiten ein Vorspiel zu einem Duell gewesen wären.

Zum Zeitpunkt des französischen Referendums am 20. September, als der Vertrag von Maastricht beinahe verworfen worden wäre (bei 51 Prozent Ja- und 49 Prozent

Nein-Stimmen), war die europäische Währungs„einheit“ schon durch die deutsche Bundesbank und internationale Finanziere zerstört worden. „Die Abstimmung am Sonntag wird so sein, als ob man einen Toten tritt“, kommentierte ein Schweizer Bankier ein paar Tage vorher. Währenddessen jubeln die Deutschen die „Super“-D-Mark hoch, als wäre sie ein uraltes heiliges Idol. Das Revolverblatt *Bild* kräht über „die schöne Mark“ und zeigt dabei in einer Übersicht, um wieviel schottischer Whisky, spanische Lederjacken und Urlaub in Italien billiger sind als vor ein paar Wochen.

Die Erschütterung des europäischen Währungssystems, in Verbindung mit der Beinahe-Niederlage von Maastricht in Frankreich, ist ein Zeichen für die Verschärfung der zwischenimperialistischen Spannungen innerhalb Europas. Wir sehen den Anfang der Auflösung der Europäischen Gemeinschaft (EG), des wirtschaftlichen Kleisters, der dreieinhalb Jahrzehnte lang miteinander konkurrierende westeuropäische kapitalistische Staaten in dem von den USA dominierten NATO-Bündnis gegen die Sowjetunion zusammengehalten hat. Aber mit dem Zusammenbruch der stalinistisch regierten deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und dem Aufstieg der kapitalistischen Konterrevolution in Rußland fallen die imperialistischen Bündnisse des Kalten Kriegs auseinander.

In einem Kommentar zur Euro-Währungskrise bemerkte der New Yorker Investment-Banker und Publizist Jeffrey Garten: „Was wir in den letzten 18 Monaten gesehen haben, ist das niedrigste Niveau internationaler finanzieller

Fortgesetzt auf Seite 12

Briefe

Ich war froh, daß Spartakisten die Nazi-Fahne runterrissen



Spartakist

Sherburne, New York

An *Workers Vanguard*,

als ich in Eurer Ausgabe [*Workers Vanguard* Nr. 555, 10. Juli, Zeitung unserer amerikanischen Genossen der Spartacist League/U.S., siehe auch Artikel in *Spartakist* Nr. 97, September] gelesen habe, daß die deutschen Spartakisten eine Nazi-Fahne in der Nähe des Brandenburger Tors runtergerissen hatten, war ich sehr froh. Daß diese rassistische und faschistische Fahne runtergerissen und verbrannt wurde, war ein Sieg für Kommunisten und Sozialisten auf der ganzen Welt, die versuchen, Faschismus, Rassismus, Kapitalismus und Imperialismus zu zerstören. Obwohl ich zwölf Jahre alt bin, weiß ich sehr gut, was die Nazi-Fahne ist, und vor al-

lem, was Kapitalismus ist: ein Wirtschaftssystem, das die Weltarbeiterklasse unterdrückt. Aber es gibt ein Heilmittel gegen dieses üble System: Sozialismus und Kommunismus.

Bevor ich also diesen Brief beende, möchte ich Toralf Endruweit und seinen Genossen dafür danken, daß sie jene üble Fahne runtergerissen haben.

Mit Genossengrüßen,
K.B.

„Nieder mit der Kommunistenhetze!“

3. September 1992

Hallo,

na wie geht's? Du hast am letzten Freitag angerufen. Leider waren wir um diese Zeit schon unterwegs nach Rostock. Na ja, nach zehn Stunden Fahrt und zwei Stunden Bullenkontrolle waren wir endlich da. Und es war schlimm anzusehen, daß es solche faschistischen Auswüchse noch einmal in Deutschland gibt. Und die Bevölkerung von Lichtenhagen – schlimm – nur vereinzelt Applaus und erhobene Fäuste – aber sonst tausendfache Unterstützung für die Faschisten. In Hoyerswerda – letztes Jahr – war das Gefühl von der Bevölkerung her – wesentlich besser. Wohin führt dieser Weg in Deutschland?

Und dann die Zerstrittenheit der Linken untereinander – wegen Kleinigkeiten, statt daß sie gerade jetzt eine Einheit in Aktion bilden.

Ach ja, bei der Demo waren wir gleich hinter Euch. Ach ja, als sie den Genossen Erich Honecker inhaftierten, habe ich sofort Plakate entwickelt und wir haben etliche an bestimmten Punkten gut plazierte. Auf den Plakaten war zu lesen: Freiheit für Erich Honecker und Nieder mit der Kommunistenhetze. Vielleicht habt Ihr Flugblätter zur Kommunistenhetze und könnt mir einige zusenden.

Hoffentlich können wir uns endlich mal sehen – wir werden immer mehr – in Hof waren wir bereits drei Ketten bei der Demo. Komm halt mal am Wochenende vorbei. Ein Anruf genügt. Diese Woche fahren wir Samstag nach Kehlheim, wo die NF mit Genehmigung des Landratsamtes marschieren darf – sogar einen Landratkandidaten durften sie aufstellen. Letztes Jahr sind sie mit ihrer Auschwitzlüge in Roding marschiert – und das schreckliche: Wir waren nur eine Handvoll Gegendemos. Hoffentlich sind wir diesmal mehr!!!

Ach ja, am 17. Oktober läuft in Salzgitter eine Demo – gegen Atommüllendlager Schacht Konrad. Trotz aller Faschos dürfen wir diese Probleme nicht vergessen. [Siehe zu diesem Thema *Spartakist Arbeiterpressekorrespondenz* Nr. 29, 27. März 1990: „Für Arbeitersicherheitsausschüsse! Verteidigt die Arbeitsplätze! Woher kommt die Hysteriekampagne gegen das KKW Greifswald“.]

Hoffentlich fahren von Euch auch genügend dort hin – mit Euren Leuten aus Halle könnten wir ja Fahrgemeinschaften bilden – oder [sie] könnten bei uns im Bus mitfahren.

Nun, das wäre es für heute – aber bis bald (hoffentlich in Obertrauben – Obertrauben wird zur Nazihochburg – wir müssen sie stoppen).

Tschüß
mit kommunistischen Grüßen,
R.R.

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Renate Dahlhaus,
Toralf Endruweit, Reiner Hardy, Alexis Hecht,
Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (040) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (030) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 98

Oktober 1992

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Spartakisten berichten aus Rostock

Ankunft in Rostock am 10. September. Wir konnten in Lütten Klein ein Arbeiterwohnhotel der Neptun-Warnow-Werft finden. In Rostock selbst gibt es Arbeiterwohnheime nicht mehr, sie sind alle umgewandelt in Geschäftsräume, Meldeämter etc. oder wirklich teure Hotels geworden. Das gleiche gilt für die Arbeiterwohnheime, die früher polnische, mosambikanische und vietnamesische Arbeiter beherbergten. Vor unserem Haus stand der Lieferwagen der Forst- und Gartenbaugewerkschaft, der an der antifaschistischen Demo in Rostock zuvor teilnahm. Ihr Fahrer war sehr wütend, daß der DGB in Rostock nicht mobilisierte, und hatte uns auf der Demo gesagt, daß „5000 aus den Dörfern“ gerne gekommen wären, um den Nazis eine Lektion zu erteilen.

Am Freitag zum Schichtwechsel verkauften wir bei der Warnow-Werft unsere Zeitung mit Losungen zum Rostock-Pogrom: Für Arbeiter/Gewerkschaftsaktion, um die Nazis zu stoppen. Ein Arbeiter erzählte, daß die Warnow-Werft ursprünglich 5000 Arbeiter hatte und jetzt nur noch 2300, die weiter auf 1000 reduziert werden sollen. In seiner Kolonne von zehn Mann sei die Hälfte CDU und die andere Hälfte PDS, die aber immer das Maul hielten aus Angst vor der antikommunistischen Hexenjagd. Die Frauen arbeiten dort noch als Schlosser und Schweißer, Tätigkeiten, die sie im Westen gar nicht ausführen könnten. Die Kinderkrippen des Betriebes sind reduziert, privatisiert und damit fast unbezahlbar geworden. Die Poliklinik wurde aufgelöst. Auf dem Markt in Lichtenhagen verkauften wir anschließend in einer knappen Stunde 54 Zeitungen.

Die Vietnamesen, die nur knapp dem Feuertod bei dem Nazi-Pogrom entkamen, sind im Wohnheim in der Sonnensiedlung zurück. Die unteren Etagen sind noch völlig verbrannt, die Fenster nur notdürftig mit Pappe (!) repariert. Zwei Arbeiter werkten an den ausgebrannten Wohnungen. Die Vietnamesen wohnen in den oberen Stockwerken, die renoviert worden sind, es sind ganz ordentliche Kleinwohnungen. Bereits in der ersten Wohnung wurden wir freundlich empfangen. Es war ein junges Paar, daß froh war, daß es keine Kinder hatte, „es wäre sehr schwierig gewesen, mit ihnen über das Dach“ zu flüchten. Der erste Satz nach der Begrüßung war gleich: „Es war gut in der DDR.“ Das Horrorerlebnis mit den aufsteigenden Flammen im Haus saß tief im Gedächtnis, dennoch sind sie zurückgekehrt. Die Frau hat noch Arbeit als Putzfrau im Hafen (und wird geringer bezahlt als ihre deutschen Kolleginnen), der Mann arbeitet als Tagelöhner im Überseehafen. Er hat zehn Jahre in einem bedeutenden Hafen in Vietnam als Kranführer gearbeitet, wurde aber in der DDR nur zum Beladen von Obst und Gemüse eingesetzt. Viele seiner Kollegen sind jetzt als Schlosser in Umschulungsmaßnahmen oder arbeiten ähnlich wie er auf Tagesbasis. Während sie früher Kontakt mit deutschen Kollegen hatten, ist dies seit der „Wende“ vorbei. Wir gaben ihnen unsere vietnamesischen Grüße von 1989, in denen wir für ein internationalistisches Programm eintraten. Entschiedene Aktionen von Wertarbeitern und anderen sind notwendig, um unsere eingewanderten Kollegen zu verteidigen. ■

Spartakist-Abokampagne



Spartakist

Ergebnisse nach zwei von vier Wochen:

| | Quote | 2. Woche | Prozent |
|---------------|------------|------------|-----------|
| Berlin | 100 | 71 | 71 |
| Halle | 60 | 23 | 38 |
| Hamburg | 70 | 21 | 30 |
| Andere | 20 | 9 | 45 |
| Gesamt | 250 | 124 | 50 |

Abonniert jetzt!

- Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
- Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
beide enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
- Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Sp 98

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Konto 119 88-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Die Zeitung, die „Nein!“ zum Anschluß sagte

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

In Berlin-Hohenschönhausen und überall: Verteidigt Asylsuchende und eingewanderte Arbeiter!

Nieder mit „Ausländergesetz“ und Ausländerpolizei!

Die Welle von mörderischen Nazi-Überfällen nach dem Rostocker Pogrom wird von den Herrschern des Vierten Reichs zur verstärkten systematischen Vertreibung der Flüchtlinge aus den Städten benutzt. Von Rostock über Norderstedt bis Quedlinburg werden die Asylsuchenden von den Bullen weggekartt und in isolierte Lager „zwangsverteilt“, wo sie unter elenden Bedingungen auf ihre Abschiebungsverfahren warten müssen.

Jetzt will der Berliner Senat die Zentrale Asylanlaufstelle (ZAST) vom Innenstadtbezirk Tiergarten angeblich Übergangsweise nach Hohenschönhausen und dann nach Spandau verlegen. Damit werden die Verfahren für Flüchtlinge von denen anderer Einwanderer z. B. aus EG- und EFTA-Staaten abgetrennt, die bisher gemeinsam von den frühen Morgenstunden an vor der Berliner Ausländerpolizei Schlange standen in der verzweiferten Hoffnung auf eine „Nummer“. Um in Zukunft entsprechend dem SPD-Konzept schneller erfaßt, in Sammellager gepfercht und abgeschoben zu werden, sollen sich die Flüchtlinge in einem abgelegenen Gebäude nach eineinhalb Stunden Anfahrtsweg und mehrmaligem Umsteigen den polizeilichen Ermittlungen stellen. Damit wird eine offene Provokation vorbereitet, eine Einladung an die Nazis zu nächtlichen Überfälle auf ungeschützte Immigranten.

Die Spartakist-Arbeiterpartei kämpft für die Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten zur Verteidigung der Flüchtlinge gegen faschistische Angriffe. In Hohenschönhausen können vietnamesische Arbeiter zusammen mit ihren Kollegen von Reichsbahn und Rewatex den Anfang

damit machen, den gewerkschaftlichen Schutz der Flüchtlinge und Arbeiterwohnheime zu organisieren. Für eine effektive Verteidigung müßten auch die gut organisierten Metallarbeiter aus Westberlin mit ihrem kämpferischen türkischen und kurdischen Bestandteil einbezogen werden, für die es eine willkommene Gelegenheit wäre, endlich den rassistischen Terror zu stoppen. Es ist dringend notwendig, die Macht der Gewerkschaften in Berlin und Umgebung zu mobilisieren, wo es eine wirkliche Möglichkeit für die effektive Verteidigung der Flüchtlinge gibt.

Seit Wochen laufen PDS, Bürgerinitiativen und antirassistische Aktionsbündnisse gegen die Verlegung der ZAST nach Hohenschönhausen Sturm. Bei einer Protestdemonstration am 24. September auf dem Berliner Alexanderplatz waren auch Immigranten. Viele wollen ernsthaft die Flüchtlinge gegen diese offene Provokation verteidigen, mit der diese ungeschützt den Nazis preisgegeben werden sollen. Doch diese Kampagne, mit der versucht wird, Druck auf CDU-Innensenator Heckelmann und die SPD auszuüben, spielt den Faschisten in die Hände, die Hohenschönhausen „ausländerfrei“ machen wollen. Es ist notwendig, für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu kämpfen, die es geschafft haben, dem Elend und Terror ihrer Herkunftsländer zu entrinnen. Nieder mit dem rassistischen „Ausländergesetz“ und der Ausländerpolizei, mit den Zwangsverteilungen und dem gesamten staatlichen Terror gegen Immigranten!

Hohenschönhausen ist als „roter Bezirk“ bekannt, wo die PDS bei den letzten Bezirkswahlen über 30 Prozent der Stimmen kriegte. Doch statt die Verteidigung der Immigranten zu organisieren und die Nazi-Kneipen auszuräuchern, um die Straßen für Immigranten und Linke sicher zu machen, fordert die PDS vom Senat „Sicherheitsvorkehrungen“.

Fortgesetzt auf Seite 22

London: SL/B fordert Freiheit für Honecker!

Zu einer Einheitsfrontaktion am 4. August vor der deutschen Botschaft rief die Spartakist League/Britain (SL/B) auf. An diesem Protest beteiligten sich Unterstützer des Korea-Freundschafts-Komitees, Vertreter der Indian Workers Association, der British Afro-Asian Solidarity Organisation, des Vereins der Muslims in Britannien sowie der Ghanaesischen Gemeinde. Mittlerweile wurde der Prozeß gegen Honecker auf den 12. November festgesetzt und Markus Wolf wegen „Landesverrat“ angeklagt. Wie die Demonstranten forderten: Hände weg von Markus Wolf! Stoppt die anti-kommunistische Hexenjagd! Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!



Brandanschlag auf die „Jüdische Baracke“ in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen. Die Hetzer der rassistischen Bonner Allparteienkoalition wollen mit heuchlerischer Kundgebung das „Ansehen Deutschlands im Ausland“ reparieren. Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rächen!



Der Spiegel

Für Klassenkampf Ost und West gegen SPD-Sozialpakt! Rassistische Allparteien-Koalition gegen Immigranten

Die kapitalistische Wiedervereinigung hat aggressiven deutschen Nationalismus über das ganze Land gebracht, während enorme soziale Verwüstungen, Arbeitslosigkeit und Verzweiflung durch den kapitalistischen Anschluß den Nährboden für die Faschisten schaffen. Von Hünxe, Hoyerswerda, Mannheim, Rostock bis Sachsenhausen wurden rassistische Pogrome und Nazi-Terror entfacht. Mit der Welle von faschistischen Überfällen auf Immigranten-Wohnheime kommen verstärkt antisemitische Anschläge auf jüdische Mahnmale und Friedhöfe. Die „Jüdische Baracke“, die den Holocaust-Opfern in der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen gewidmet ist, wurde niedergebrannt.

Um die Wut der Arbeiter von sich abzulenken, stempelt die Bourgeoisie obszönerweise die Opfer des Naziterrors zu Sündenböcken – nämlich die Zehntausenden von Flüchtlingen, die vor den Schrecken der kapitalistischen Konterrevolution fliehen, die sie selbst gefördert hat –, um die Grenzen zu schließen und diejenigen, die bereits hier sind, *massenhaft* abzuschieben. Vor allem Roma und Sinti sind Zielscheibe der staatlich geführten rassistischen Kampagne.

Mit ihrer Hetze über eine „Asylantenflut“ haben die Herrscher des Vierten Reichs den deutschen Nationalismus bis zum Pogrom in Rostock hochgepeitscht. Aber die rassistischen Überfälle treffen auch immer öfter auf mutige antifaschistische Aktionen, denen sich gelegentlich Gewerkschafter anschließen.

Jetzt will die rassistische Bonner Allparteienkoalition die Arbeiter im Osten und im Westen für die verheerenden Folgen zahlen lassen, die sie mit dem Anschluß und ihrem Drang nach Osten geschaffen hat. Doch damit haben sie schon im Frühjahr den schärfsten Klassenkampf seit Gründung der BRD provoziert. Der ÖTV-Streik im Mai, der sich spontan auf den Osten ausweitete, versetzte der Kohl-Regierung eine Ohrfeige. Der Streik zeigte die soziale Macht, die wir brauchen, um die rassistische kapitalistische Offensive zurückzuschlagen und die Nazis in die Rattenlöcher zurückzutreiben.

Wir Spartakisten kämpfen für Arbeiter/Immigrantenmobilisierungen zur Verteidigung der Immigranten und des

Fortgesetzt auf Seite 20

Veranstaltungsreihe der Spartakist-Arbeiterpartei

**Nieder mit dem rassistischen Sozialpakt der SPD!
Arbeiter in Ost und West: Verteidigt Immigranten und Asylrecht!**

Hamburg

Sonnabend, 10. Oktober
17.00 Uhr
Haus für Alle
Amandastr. 58
2000 Hamburg 36
(U/S-Bahn Sternschanze)

Berlin

Montag, 12. Oktober
18.30 Uhr
Halkevi
Kottbusser Damm 74
1000 Berlin 61
(U-Bahn Schönleinstr.)

Berlin

Dienstag, 13. Oktober
18.30 Uhr
Bildungszentrum Wirtschaft
Wollenberger Str. 1
Haus 2, Zimmer 303
Berlin 1092

Halle

Mittwoch, 21. Oktober
18.00 Uhr
Jägerplatz 14
1. Stock
4020 Halle

Weitere Informationen unter den Kontaktadressen

Schluß mit der Hexenjagd gegen Stasi und RAF! Freiheit für Klaus Croissant, sofort!

Ehrlichkeit ist unvereinbar mit einem Beruf, der sogar Helmut Kohl einen Dokortitel verliehen hat. Aber ein Anwalt, der sie verkörpert, ist Klaus Croissant. Für die deutsche Bourgeoisie gehört er zu den gehäßten Symbolen des Widerstands gegen den Imperialismus. Wegen seiner mutigen Verteidigung der RAF in den 70er Jahren und seiner unverblühten Verteidigung der DDR jagen sie nun Croissant zum zweiten Mal. Wir Spartakisten fordern: Freiheit für die RAF und alle linken politischen Gefangenen! Sofortige Freilassung von Croissant und Einstellung aller Verfahren gegen Unterstützer der RAF!

Croissant wurde bereits im „deutschen Herbst“ 1977 gejagt, weil er der Anwalt von Andreas Baader, einem Führer der Roten Armee Fraktion, war. Er wurde ins Exil getrieben und zurück nach Deutschland ausgewiesen, wo er zweieinhalb Jahre ins Gefängnis geworfen wurde. Jetzt ist Klaus Croissant wegen „geheimdienstlicher Agententätigkeit für eine fremde Macht“ verhaftet worden. Von Karlsruhe kam er sofort in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit, wohin auch schon Erich Honecker verschleppt wurde. Zusammen mit seiner Lebensgefährtin Brigitte Heinrich soll er der Stasi zwischen 1981 und 1989 Informationen über die westdeutsche linke Szene beschafft haben. Er soll in einem späten Rachefeldzug wie sein Mandant enden! Die für ihren Antiimperialismus bekannte Brigitte Heinrich, die 1987 einem Herzinfarkt erlag, wird sogar noch nach ihrem Tod verfolgt.

Kein Zweifel, die Sozialdemokratie vom Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt bis zur heutigen Berliner Justizsenato-



Spartakist

Spartakisten protestieren am Berliner Flughafen Tegel gegen die Auslieferung Honeckers an das Vierte Reich

rin Jutta Limbach hat noch alte Rechnungen offen und steht an der Spitze der Kampagne der Hexenjagd, die das Vierte Reich gegen Stasi und RAF führt. Sie benutzen den

Fortgesetzt auf Seite 22

Münchener Olympiade: Bullen erschossen acht israelische Sportler 20 Jahre Vertuschung!

20 Jahre nach dem Massaker bei der Münchener Olympiade von 1972, wo elf israelische Sportler von der palästinensischen Guerillagruppe Schwarzer September als Geiseln genommen worden waren, enthüllt jetzt die israelische Zeitung *Yediot Aharanot* (22. Juli), daß *mindestens acht der Athleten von der deutschen Polizei ermordet worden sind – nicht von den Palästinensern*. Laut Geheimdokumenten des bayerischen Generalstaatsanwalts, die die Familien der Athleten „auf unbekannte Art und Weise“ erhalten haben: „Acht der elf israelischen Sportler, die vor 20 Jahren in München ermordet worden sind, verloren ihr Leben durch Geschosse der deutschen Einsatzkräfte.“

20 Jahre lang vertuschte die deutsche Regierung ihre Täterschaft bei den Münchner Morden. Dazu veröffentlichte der notorisch deutschnationale, antikommunistische *Spiegel* einen ausgesprochen antisemitischen Artikel (31. August). Der *Spiegel* verschweigt das schmutzige Geheimnis, daß die deutsche Polizei und nicht die palästinensischen „Terroristen“ die israelischen Sportler ermordet haben, wie es jetzt gerade aufgedeckt wurde. Er vertuscht nicht nur die Wahrheit und versucht, die Morde zum Teil seiner Stasi-Hexenjagd zu machen. Der Artikel ist ein einziges Klageged über „jüdischen Wucher“ der israelischen Angehörigen der Opfer. Ist das der *Völkische Beobachter* des Vierten Reichs? Dieser empörende Skandal ist eine erneute Verhöhnung der Opfer!

Das Olympia-Massaker 1972 diente als Vorwand für eine internationale Vendetta gegen Palästinenser auf der ganzen Welt. Die Israelis führten im Nazi-Stil der „Sippen-

haft“ mörderische Vergeltungsschläge mit Bombenangriffen im Nahen Osten durch, gefolgt von einer massiven Invasion in den Libanon. Arabische Studenten wurden besonders in Westdeutschland bei willkürlichen Razzien verhaftet. Wir haben die Münchner Morde damals als „nicht zu verteidigende Akte kleinbürgerlicher terroristischer Raserrei“ verurteilt und zugleich den bei weitem blutrünstigeren Terrorismus der zionistischen Schlächter und den rassistischen Kreuzzug ihrer imperialistischen Schutzherrn verurteilt. Die Welle der anti-arabischen Repression war in Westdeutschland am brutalsten, wo das Blut der Guerillas des Schwarzen September und der israelischen Sportler an den Händen der Behörden klebt.

Die zionistischen Massenmörder sind die dicksten Freunde der Führer des Vierten Reichs und arbeiten z. B. zusammen, um die sowjetischen Juden, die aus dem „Land der Verheißung“ nach Deutschland fliehen, zu zwingen, zurück nach Israel zu gehen. Und egal, ob es einfach ein „Schleiml“-haftes Verpfuschen war oder eine willkürliche Schießorgie mit dem Ziel, anti-arabische Hysterie aufzupeitschen, wie *Yediot Aharanot* berichtet; der israelische Mossad-Chef war mit den deutschen Bullen vor Ort. Die Berichte der israelischen und deutschen Regierungen sind weiter geheim.

Wie wir immer wieder betont haben, ist das zionistische Israel eine Todesfalle für das jüdische Volk, in jeder vorstellbaren Weise. Und sie unterdrücken die palästinensischen Massen im Stile der Nazis. Verteidigt die Palästinenser! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens! ■

Prozeß in Frankreich wegen HIV-infiziertem Blut Aids und der mörderische Staat

Bonn deckt Profitgeschäft, während Bluter sterben

Aids hat sich rasant zu einer weltweiten Epidemie entwickelt – als eine Krankheit der Armut und des Elends. Heute werden HIV-Infizierte weltweit auf zwölf Millionen geschätzt, 80 Prozent davon in der „Dritten Welt“. Afrika hat jetzt 7,5 Millionen HIV-Infizierte. Die Aids-Pandemie schreit nach internationaler Kooperation der Forschung und nach der massiven Mobilisierung der Ressourcen der Gesellschaft für die Pflege der Kranken und die Entwicklung von Heilmitteln. Aber die Kapitalistenregierung in Bonn möchte, trotz einer heraufziehenden Katastrophe ersten Ranges, am liebsten überhaupt nichts für die Aids-Bekämpfung ausgeben. 1991 waren es lausige 20 Millionen Mark. *400mal* so viel gaben sie aus, um bei der US/NATO-Flächenbombardierung der Bevölkerung des Irak auszuhelfen. In dieser verwerfenden kapitalistischen Gesellschaft wird wissenschaftliche Aids-Forschung verhindert durch den staatlichen Kurs bössartiger Vernachlässigung, durch groteske Querelen zwischen Pharmakonzernen und ruhm- und prestigegeilen Forschungsteams, und *besonders durch ein System der medizinischen Versorgung, die für Profit betrieben wird.*

In den 80er Jahren gab es in einer Reihe von Ländern einen Ausbruch von HIV-Infektionen unter Blutern. Schon 1983 gab es starke Hinweise darauf, daß Bluter infiziert wurden durch Blutpräparate, die aus Pools von Spendern gewonnen wurden und mit dem HIV-Virus (verantwortlich für Aids) verseucht waren. Dieser Verdacht hätte genügen müssen, um diese Präparate sofort aus dem Verkehr zu ziehen. (Ebenfalls 1983 gab es starke Hinweise und Ende 1984 den Beweis dafür, daß die Hitzesterilisierung der Blutpräparate, wodurch der Virus unwirksam gemacht wird, die Lösung ist.)

Der internationale Skandal über die Infizierung Tausender Bluter hat die französische Regierung ins Wackeln gebracht. Aber genau dasselbe mörderische Geschäft wurde jahrelang auch in Deutschland betrieben. Die Hauptverantwortlichen dafür sitzen in der Regierung in Bonn. Politiker (incl. die SPD-„Opposition“), Gesundheitsbeamte, Pharmakonzerne, Krankenkassen sowie manch ein prominenter Bluter-Arzt verdrängten nicht nur die Gefahr, sie vertuschen die Katastrophe und schützen die Schuldigen *bis heute*. Sogar die Zahlen des BGA belegen weitere Infektionen unter Blutern. Hier, wie in Frankreich, müßten die Schuldigen von einem Tribunal ihrer Opfer zur Rechenschaft gezogen werden – besonders die Minister und leitenden Beamten der Regierung, die für die tödliche Gesundheitspolitik verantwortlich sind.

Die Katastrophe für Bluter hier ist noch *größer* als die in Frankreich.

Der Spiegel berichtete schon 1987 (5. Oktober), daß Experten die HIV-Infizierung unter den etwa 3000 intensiv behandelungsbedürftigen Blutern in Deutschland auf 1500 bis 2200 schätzten. Offiziell wird heute zugegeben, daß 50 Prozent der insgesamt 4000–6000 Hämophilen HIV-infiziert wurden (400–500 sind schon gestorben). Das wahre Ausmaß der Epidemie wird aber systematisch vertuscht. Gegen den Leiter des Bundesgesundheitsamts (BGA) in Berlin sowie gegen Beamte im Bundesgesundheitsministerium wurde 1987 ermittelt – es verlief alles geheimnisvoll im Sande. Obwohl die genaue Chronologie von Fahrlässigkeit, Mitwisserschaft und offener Befürwortung der Weiterverbreitung der verseuchten Produkte bekannt ist, wird heute – mit dem atemberaubenden Hinweis, daß sie in Deutschland *früher als in anderen Ländern* über die Gefahr Bescheid wußten – alles als „unvermeidbar“ abgetan!

Es ist eine Lüge. Ein hitzesterilisiertes (deutsches) Produkt, schon 1981 auf dem Markt, war den Kassen zu teuer. Es wurde im Interessenfilz zwischen anderen Herstellern, leitenden ärztlichen Direktoren, Krankenkassen und dem BGA begraben. Ende 1984 schob das BGA die Hitzesterilisierung von Blutkonserven auf einen „späteren Zeitpunkt“ hinaus. BGA und Deutsches Rote Kreuz, ein Multi im Blutgeschäft, verhinderten Tests der Blutkonserven, die HIV-positive Blutspenden hätten isolieren können. Plasmahersteller erkannten 1985, daß die verseuchten Präparate tödlich waren. Doch sie wurden nicht eingezogen; sie erschienen weiterhin als verfügbare Arzneimittel in der Roten Liste. Der österreichische Hersteller Immuno AG, neben Bayer einer der weltweit größten Produzenten von Blutplasmaerzeugnissen, hat bis 1988 kontaminierte Produkte in unbekanntem Mengen an Indien und Argentinien (*taz*, 23. Juni 1988) verkauft.

Manche Infizierte haben eine lächerlich kleine Abfindung bekommen (allerdings nur gegen Erpressung, daß sie schweigen). Nun sterben aber in unbekannter Zahl ihre inzwischen infizierten Partner, die nicht wußten, daß ihre

Fortgesetzt auf Seite 8



Der Spiegel
ACT UP protestiert auf dem Aids-Kongreß in Wiesbaden. Die Bourgeoisie zwingt HIV-Opfer in die Position der Leprakranken des Mittelalters

Aids...

Fortsetzung von Seite 7

Männer HIV-infiziert waren, bis es zu spät war. Weder die Verantwortlichen noch Versicherungen zahlen ihnen einen Pfennig.

Die Kranken werden von den arroganten Herrschern als „überflüssige Unterklasse“ angesehen; sie erleiden kriminelle Vernachlässigung durch den Staat und das ärztliche Establishment und werden von bigottem Fanatikern von ihren Arbeitsplätzen und aus ihren Wohnungen rausgeworfen. Immigranten aus Afrika in Frankreich, und auch türkische Jugendliche in Deutschland, die an Aids erkrankt sind, sind bei der Suche nach Behandlung und Pflege auch noch der rassistischen Hysterie gegen Immigranten ausgesetzt. In den USA, wo es fast 200 000 Fälle gegeben hat, breitet sich Aids am schnellsten in den Schwarzen-Gettos und spanischsprachigen Barrios aus, wo es ganze Familien auslöscht. Die US-Regierung gibt pro Kopf der Bevölkerung nur umgerechnet 4 DM für Aids-Bekämpfung aus, während viele Opfer – ohne Krankenversicherung, praktisch ohne ärztliche Betreuung – obdachlos auf der Straße krepieren.

Das BGA schätzt die Zahl der Aids-Kranken in Deutschland heute auf rund 10 000. Es gibt hier 70 000 bis 80 000 HIV-Infizierte. Besonders der Osten ist gefährdet. Zu den bitteren Früchten der kapitalistischen Konterrevolution in der Ex-DDR gehören Massenarbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit. Erscheinungen dieser krankhaften Gesellschaft wie Prostitution und Drogenanwendung breiten sich immer mehr in der Ex-DDR aus, wo Verelendung und Hoffnungs-

In Paris liefen vom 22. Juni bis zum 5. August Verhandlungen gegen vier französische Staatsbeamte, die wegen der Verbreitung von HIV-infizierten Blutpräparaten vor Gericht standen; die Urteile sollen am 23. Oktober gesprochen werden. Dieser Prozeß hat nur einen kleinen Zipfel der dicken Decke gelüftet, die das Treiben des französischen Staates und seiner Regierung in der Frage der öffentlichen Gesundheit auf geheimnisvolle Weise zudeckt – wie in fast allen anderen Bereichen.

Doch er hat einiges enthüllt: Nicht nur die Angeklagten sind schuld an den Verbrechen, wegen derer sie angeklagt waren, sowie an weiteren, die ungenannt blieben. Auch viele andere Gesundheitsverantwortliche, hohe Funktionäre und insbesondere die Politiker, die die Regierung heute führen, hätten sich auf der Anklagebank befinden sollen: z. B. Edmond Hervé, Staatssekretär für Gesundheit, Georgina Dufoix, Ministerin für soziale Angelegenheiten und Premierminister Laurent Fabius.

Spätestens seit 1985 wußten sie es. Trotzdem haben sie bis Ende dieses Jahres freiwillig und auf kriminelle Weise das tödliche Blut weiter verbreitet. Professor Jean-Pierre Soulier, Autor des Buches *Transfusion et sida: le droit à la vérité* [Bluttransfusion und Aids: das Recht auf die Wahrheit] schätzt, daß jeden Monat 100 bis 200 Bluttransfusionsempfänger mit dem Aids-Virus infiziert wurden. Unter den etwa 5000 Blutern in Frankreich sind mindestens 1250 mit dem Virus infiziert, 256 sind vor der Eröffnung des Prozesses gestorben.

Aids und die kapitalistische Welt: Sterben in der Hölle

Die vier, die vor der 16. Strafkammer in Paris standen – Michel Garretta (Direktor des Nationalen Zentrums für Blutübertragung, CNTS), sein Assistent Jean-Pierre Allain, Jacques Roux, Chef des Gesundheitsamtes, und Robert Netter, Generaldirektor des nationalen Labors für Gesundheit, sind nicht einmal wegen Vergiftung angeklagt worden,

losigkeit um sich greifen. Somit hat die deutsche Bourgeoisie, obwohl es heute noch wenige Erkrankungen im Osten gibt, den Boden für eine lawinenartige Ausbreitung von Aids bereitet. Wir fordern dagegen die Entkriminalisierung des Drogengebrauchs, die kostenlose Verteilung von Kondomen und sauberen Spritzen sowie eine massive Aufklärungskampagne in Fragen der öffentlichen Gesundheit. Um die Zerstörung der Existenz der Werktätigen zu stoppen, muß die organisierte Arbeiterbewegung in Ost und West mobilisiert werden.

Mit dem Anschluß wurde der deformierte Arbeiterstaat DDR zerstört und mit ihm die kostenlose Gesundheitsversorgung für alle, die eine der historischen proletarischen Errungenschaften war, Ergebnis der sozialen Revolution, die 1945 östlich der Elbe durch den Sieg der Roten Armee geschaffen wurde. In der DDR war die Medizin nicht auf Profit aufgebaut. Deshalb wurden auch die Bluter nicht diesem brutalen kapitalistischen Prinzip ausgesetzt, sie wurden nicht mit verseuchten Präparaten vollgepumpt und daher nicht HIV-infiziert. Die Aids-Politik der DDR war bestimmt bürokratisch, doch Aids-Kranke wurden auch nicht auf die Straße geworfen – wie unter dem Kapitalismus, damit sie im eigenen Kot sterben. Die tödlichen Konsequenzen der Medizin im Kapitalismus sind ein Grund mehr, mit diesem ekelhaften System durch proletarische Revolution aufzuräumen.

Nachfolgend veröffentlichen wir einen leicht überarbeiteten Artikel aus der September-Ausgabe von *Le Bolchévik*, der Zeitung unserer französischen Sektion Ligue trotskyste de France.

sondern wegen Lebensmittelbetrug – als ob sie einen gepanschten Wein mit einem Bordeaux-Etikett verkauft hätten! Diese Leute, und all die, die in der Regierung Teil der Verschwörung waren, sind verantwortlich und *schuldig*: Im Namen des kapitalistischen Profitgesetzes haben sie Hunderte und Aberhunderte von Menschen infiziert oder infizieren lassen.

Anfang 1985 war es offensichtlich, daß alle Blutvorräte HIV-verseucht waren. Aber diese Gehilfen des Kapitals haben zuerst abgewartet, daß das Institut Pasteur einen eigenen HIV-Test entwickelt, obwohl die USA bereits im Februar 1985 einen solchen auf den Markt gebracht hatte. Als das Institut Pasteur endlich den eigenen HIV-Test perfekt hatte (er wurde in Deutschland ab April benutzt), mußte man bis Ende Juni auf eine behördliche Genehmigung warten. All dies aus finanziellen Gründen und wegen der internationalen Wirtschaftskonkurrenz. Ab dem 1. August 1985 wurden Blutspender zwangsgetestet.

Dasselbe finstere und kriminelle Szenario lief bei der Inaktivierung des Aids-Virus durch Erhitzen von Blutpräparaten ab. Anfang 1985 haben die USA eine solche Methode eingeführt und benutzt. Man mußte bis August warten, bis die Regierung entschied, daß im Oktober dieselbe (französische) Methode endlich in Frankreich für Blutvorräte angewandt wurde. Aber es gibt ja noch Groteskeres und Schändlicheres. In einem internen Rundschreiben des CNTS schrieb ein gewisser Gérard Jacquin (er befindet sich nicht auf der Anklagebank): „Dieser Wechsel zum erhitzten Produkt bedeutet natürlich, daß die Vorräte von verseuchten Produkten in ihrer Gesamtheit verteilt werden sollen, bevor erhitzte Ersatzprodukte angeboten werden, und daß man [versucht], sie im Ausland oder auf dem französischen Markt (mit Rabatt) [zu] verkaufen, so daß die Vorräte von nichterhitzten Produkten so schnell wie möglich aufgebraucht werden können“ (*Informations ouvrières*, 29. Juli – 4. August). Verkäufer des Todes, die einen Rabatt anbieten!

Fortgesetzt auf Seite 21

Polen: Verteidigt HIV-Opfer gegen engstirnige mittelalterliche Fanatiker!

Folgender Artikel wurde aus Platforma Spartakusowców Nr. 3, Herbst 1992, Zeitung der Spartakusowska Grupa Polski, abgedruckt.

In den letzten Monaten haben wir ausufernde Angriffe von reaktionären Banden gesehen, die sich besonders gegen die Opfer des HIV-Virus richteten, wie zum Beispiel gegen die Kinder in den Monar-Pflegezentren oder gegen Drogensüchtige in Zentren wie Józefów und Piastów. Diese Menschen sind sehr krank, und sie haben medizinische Behandlung nötig, die ihre Leiden lindern kann, und einen sicheren Ort, wo sie diese Behandlung erhalten können. Aber sie waren wütenden Angriffen von engstirnigen Mobs ausgesetzt, die durch die reaktionären frauenfeindlichen und gegen Homosexuelle gerichteten Tiraden der katholischen Kirche und ihrer Solidarność-Politiker aufgestachelt worden waren. Diese Mobs haben in einer widerlichen Darbietung von mittelalterlichem Denken im 20. Jahrhundert, das durch soziale Frömmerei und katholischen Moralismus erzeugt wird, versucht, die HIV-Opfer in die Position der Leprakranken des Mittelalters zu zwingen. Wegen wiederholter Angriffe waren Kinder nicht in der Lage, in eine Reihe für sie renovierter Häuser einzuziehen, wie zum Beispiel in Józefów und Laski, wo ein Monar-Angestellter verletzt wurde. In einem Zentrum für Drogensüchtige in Piastów wurden eine Psychiaterin und ein Journalist der Zeitung *Warschaws Leben* ebenfalls angegriffen und zusammengeschlagen. Die Kommunalverwaltung in Laski stoppte dann alle Renovierungsarbeiten an diesen dringend benötigten Häusern, was darauf hinauslief, den reaktionären Mobs zum Sieg zu verhelfen. Gerade vor kurzem wurde das Haus, trotz einer 24stündigen Polizeipräsenz, durch Feuer vollständig zerstört. Die Täter hinter diesen brutalen Angriffen schreien nun, daß es der Monar-Führer Marek Kotanski wäre, der „die Gewalt provoziert“. Diese Verleumdung findet im Grunde genommen ihren Widerhall in der Erklärung der Sprecherin des Gesundheitsministeriums, Krystyna Sienkiewicz, die ebenfalls Monar für die „Schaffung sozialer Unruhe“ und die „Stigmatisierung der Babys“ angriff (Sendung des polnischen „Radio für Dich“, 17. Juni).

Die Antwort auf die Aids-Krise ist Wissenschaft, nicht Hysterie! Schätzungsweise 10 Millionen Menschen auf der ganzen Welt sind mit dem HIV-Virus infiziert, der die fürchterliche Krankheit Aids auslöst und dessen Diagnose für die überwiegend armen Opfer ein Todesurteil darstellt. Aids ist zunehmend eine Krankheit der Armut geworden, verschlimmert durch systematische Rassen- und Klassenunterdrückung, Arbeitslosigkeit, baufällige Wohnungen und unzulängliche Krankenhäuser. Für die Aids-Opfer wird das Leiden durch die Hysterie verschlimmert, die von reaktionären Frömmeln aufgepeitscht wird, die die Betroffenen oder die Homosexuellen für „schuldig“ erklären wegen der Verbreitung der Krankheit. Wie wir heute in Polen erleben, ist die Förderung von reaktionären sozialen Einstellungen, besonders gegen Minderheiten und sogenannte „Randgruppen“, der unvermeidliche Partner der kapitalistischen Restauration. Der Erzreaktionär Glomp, der bewußt versucht, diejenigen zu ermutigen, die weitere Angriffe ausführen würden, schimpft herum, Aids sei eine „Sünde, die aus der moralischen Einstellung entspringt“, und greift die Einrichtung von Zentren für Aids-Kranke „in bewohnten Gebieten“ (*Gazeta Wyborcza*, 17. August) an.

Wir verlangen volle demokratische Rechte für Homosexuelle und verteidigen alle Opfer der reaktionären Ver-



Platforma Spartakusowców

Warschau, 1. Mai: Spartakisten für Arbeiteraktion gegen Nazis, gegen Konterrevolution von Jelzin/Walesa/Bush, für Arbeiterverteidigung des Abtreibungsrechts

folgung. Wir fordern, daß international alle erforderlichen Ressourcen der Gesellschaft eingesetzt werden, um eine Heilung oder ein Abwehrmittel gegen die Verwüstungen, die das Aids-Virus der Menschheit zufügt, zu finden und um für eine anständige Behandlung zur Minderung der Leiden der Erkrankten zu sorgen. Wie wir in *Women & Revolution* Nr. 34 schrieben: „Eine Gesundheitsversorgung von guter Qualität für alle liegt objektiv im Bereich des materiell Möglichen, aber nicht im Rahmen des kapitalistischen Systems, das seinen Bürgern noch nicht einmal das Lebensnotwendige geben kann, obwohl die Produktionskapazitäten und die Technologie existieren, um die Hungernden auf dem ganzen Planeten zu ernähren.“

Anständige Leute sind empört, daß diese Greuelthaten geschehen durften. In der Sendung von „Radio für Dich“ verurteilte ein Überlebender des Konzentrationslagers Dachau die „unmenschliche“ Haltung der Anwohner, und ein Monar-Angestellter aus Laski sagte, er sei zutiefst schockiert, daß man in einem Land, das den Hitlerismus bereits erlebt hatte, Aufrufe hören konnte: „Verbrennt die Kinder mit HIV“. Die unmittelbar gestellte Aufgabe ist die Verteidigung der Monar-Kinder und aller an HIV Leidenden gegen weitere physische Angriffe. Das Vertrauen von Monar darauf, daß die Polizei oder die Staatsanwaltschaft sie verteidigt, ist selbstmörderisch. Diese Polizei ist der Verteidiger der von der katholischen Kirche und Solidarność geführten Konterrevolution, die direkt zu der Eskalation von Reaktion und faschistischen Angriffen geführt hat. Von Monar organisierte Konzerte wie das „Polnische Wembley“ werden diese Angriffe nicht stoppen. Was gebraucht wird, sind Verteidigungsgruppen, die sich auf die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse stützen. Kein Vertrauen, keine Illusionen in die Polizei, den bewaffneten Arm des bürgerlichen Staats! Alle klassenbewußten Kämpfer und Verteidiger von demokratischen Rechten müssen zur Verteidigung dieser Menschen zusammenkommen. Jene reaktionären Banden müssen gestoppt werden! ■



Moskau, 12. August:
Hunderte protestieren
auf der Patrice-Lumumba-
Universität gegen den
Polizeimord an Gideon
Chimusoro. Jelzins
Konterrevolution brütet
Chauvinismus und
Antisemitismus. Die
Bolschewiki unter Lenin
und Trotzki kämpfen
unerbittlich für die
Rechte aller Völker
und Nationalitäten

AP

Moskau – Patrice-Lumumba-Universität Afrikanischer Student von Jelzins Bullen ermordet

Kapitalistische Konterrevolution entfesselt rassistischen Terror

Seit dem Zusammenbruch des Stalinismus und dem „Gegenputsch“ von Boris Jelzin im letzten August wird die Sowjetunion von der „ganzen alten Scheiße“ der kapitalistischen Gesellschaft geplagt, die an die Oberfläche kommt. Seit Jelzin im Namen des Kapitalismus des „freien Marktes“ und des russischen Chauvinismus die Macht ergriffen hat, tobt nationalistisches Blutvergießen.

An der Moskauer Universität der Völkerfreundschaft Patrice Lumumba wurde Gideon Chimusoro, ein 25 Jahre alter Student aus Zimbabwe, in der Nacht des 11. August von einem russischen Polizisten erschossen. Nach dem Mord wurde sofort Miliz auf dem Campus aufgeföhren, um den Mörder zu decken. Am nächsten Tag griffen paramilitärische Einheiten der OMON – eine Killer-Elite, die im Februar bei einer Protestdemonstration gegen Jelzin am Tag der sowjetischen Armee zum ersten Mal Blut für die „demokratische“ Konterrevolution vergossen hat – brutal eine Studentendemonstration an, die gegen die Ermordung von Chimusoro protestierte. Studenten, die handgemalte Plakate trugen, auf denen stand: „Wir brauchen Polizeischutz, nicht Polizeimörder!“, wurden gejagt, in den Bauch getreten und mit Gummiknüppeln verprügelt. Ein Bulle schrie: „Ich werde dich umbringen, du Schwein!“

Die russische Presse „rechtfertigte“ den Mord und das Wüten seitens der Polizei mit erfundenen Geschichten über einen Studenten, „aufruhr“ – Lügen mit dem Ziel, rassistische Angst und Haß gegenüber den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Studenten an dieser Universität zu erzeugen. Eine schreiende Überschrift in der *Nesavisimaja Gaseta* (13. August) lautete: „Nur Maschinengewehrfeuer konnte die Amokläufer zur Ruhe bringen.“ *Moskowskij Komsomolets* erfand Geschichten über Schwarze, die Autos und Kioske in Brand gesetzt hätten, und über

Studenten, die Möbel, Fernseher und brennende Matratzen aus den Fenstern ihres Wohnheims geworfen hätten. Ein Fernseh-Nachrichtensprecher brachte zum Schluß der Abendnachrichten vom 12. August die Meldung, daß die afrikanischen Studenten „ankündigen, uns morgen alle zu erschießen“. Diese unerhörte Lüge war nichts anderes als eine finstere Aufforderung zu einem Pogrom!

Sobald Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga in Moskau von dem Bullenmord erfuhren, gingen sie sofort zur Patrice-Lumumba-Universität, um ihre Solidarität mit den Studenten zum Ausdruck zu bringen. Unsere Genossen sahen mit ihren eigenen Augen, was für einen Haufen von Lügen die russischen Presseberichte verbreiteten. Die Kioske waren alle noch da und keiner war verbrannt; die Wohnheime waren in normalem Zustand, die Zimmer voll möbliert. Ein Student aus Jemen, der ein Augenzeuge des Mordes an Chimusoro und des Angriffs von OMON auf die Studenten gewesen war, stellte sich freiwillig zur Verfügung, alles der Presse zu erzählen. Er wurde interviewt. Kurz danach wurde er bei einem nächtlichen Angriff auf sein Wohnzimmer brutal angegriffen, seitdem liegt er im Krankenhaus. Eine Stellungnahme, die vom neu gegründeten Koordinationskomitee der Studenten herausgegeben wurde, warnte:

„Wir werden [die Presse] für alles verantwortlich machen, was einem afrikanischen Studenten in der Zukunft passiert... Wir werden bis zum Ende dafür kämpfen, daß unsere Rechte in diesem Land anerkannt und respektiert werden, wo besonders afrikanische Studenten immer wieder bedroht werden, deren einziges Verbrechen ist, daß sie schwarz sind, anders sind oder einfach nur arm sind.“

Am 19. August organisierte das Koordinationskomitee eine Pressekonferenz und lud Genossen von der Internationalen Kommunistischen Liga ein, daran teilzunehmen. Aber der Universitätspräsident griff direkt ein, um uns zum Schweigen zu bringen, sobald unser Genosse den Punkt zur Sprache brachte, daß dieser mörderische Angriff auf die eingewanderten Studenten ein Beispiel ist für den Rassismus und Nationalismus, der von der Kampagne der kon-

terrevolutionären Jelzin-Regierung entfesselt wurde, um den multinationalen sowjetischen Arbeiterstaat zu zerstören. Später versuchte der Universitätspräsident die Miliz dazu zu bewegen, unseren Literaturtisch zu verbieten, unter dem Vorwand, daß „politische Aktivität an der Schule verboten ist“. Die Miliz weigerte sich, seine Anordnungen zu befolgen, als wir unseren Stand verteidigten, und sagte: „Wir befolgen keine Gesetze, die rassistische Morde zulassen und politische Aktivitäten verbieten.“

Kapitalistische Konterrevolution bedeutet Rassismus und Verelendung

Studenten, die von unseren Genossen an der Patrice-Lumumba-Universität interviewt wurden, beschrieben die drastische Verschlechterung ihrer Lebensverhältnisse während des letzten Jahres. Durch die Zusammenstreichung der Stipendien und die rasanten Preiserhöhungen leben jetzt viele Studenten in erbärmlicher Armut. Aber mehr als alles andere ist es die Explosion von unverhülltem Rassismus, die ihr Leben auf den Kopf gestellt hat. Ausgewählt für ein Studium an einer prestigereichen Universität, die gegründet wurde, um Kader für die Verbündeten der Sowjetunion in der Dritten Welt auszubilden, waren diese Studenten einst geehrte Gäste Moskaus. Heute werden sie ihrer Hautfarbe wegen verunglimpft und fürchten sich davor, überhaupt noch in der Öffentlichkeit aufzutreten.

Ein marokkanischer Student erzählte unseren Genossen: „Ich würde sagen, die Veränderungen fingen 1985 an, als die Perestrojka begann. Jetzt ist man als Ausländer nichts mehr wert. Sie denken, man sei der Grund für die Krise. Und sie sagen dies im Namen von ‚Demokratie!‘“ Ein jamaikanischer Student erzählte uns, daß man ihn aus öffentlichen Bussen gezerrt hat, auf der Straße und in Hoteleingangshallen angegriffen hat. Selbst hochrangige Diplomaten sind zur Zielscheibe von Angriffen geworden. Godfrey Chaneza, ein Diplomat aus Zimbabwe, berichtete von rassistischen Sprüchen und Drohungen gegen ihn und seine Familie. Er schloß mit der Bemerkung: „Ich will nicht Russisch lernen, denn je mehr man lernt, um so besser versteht man, was sie sagen“ (*Moscow Guardian*, Oktober 1991).

Noch vor ein paar Jahren wären rassistische Ausbrüche auf beinahe einhellige Verachtung gestoßen. Die Sowjetunion war eine zutiefst integrierte Gesellschaft von über 100 Nationen. Schon der Begriff „Nationalismus“ wurde als abfällig angesehen. Die bolschewistische Revolution hat das zaristische „Völkergefängnis“ – wie Lenin es genannt hat – in eine multinationale Föderation verwandelt. Nur das bolschewistische internationalistische Programm, das allen Völkern volle und gleiche nationale Rechte gewährte, um die weitestgehende Einheit der Arbeiter aller Nationalitäten sicherzustellen, machte dies möglich.

Der Verwaltungsapparat des sowjetischen Staates und die bolschewistische Partei wurden jedoch in eine beschränkte nationalistische bürokratische Kaste unter der Führung Stalins verwandelt, der 1923/24 die Macht an sich riß. Stalin hat die wirtschaftliche Basis des neuen Arbeiterstaates nicht umgestürzt, sondern sein Regime konsolidiert, indem er viele befreiende politische Errungenschaften der bolschewistischen Revolution rückgängig machte. Antisemitismus wurde wiederbelebt, um Trotzki als Juden verfolgen zu können; großrussischer Chauvinismus wurde angeheizt, um die Republiken der Minderheiten

auf Linie zu halten; der Familienkult wurde restauriert als Instrument, das der Bevölkerung Respekt vor der Autorität einimpfen und die Freiheiten für die Frauen und die Jugend ersticken soll. Die internationalistische Politik der bolschewistischen Revolution wurde mit der „Theorie“ des „Sozialismus in einem Lande“ rückgängig gemacht – was zu einer bewußten Politik führte, Revolutionen in anderen Ländern abzuwürgen, um den Imperialismus zu besänftigen.

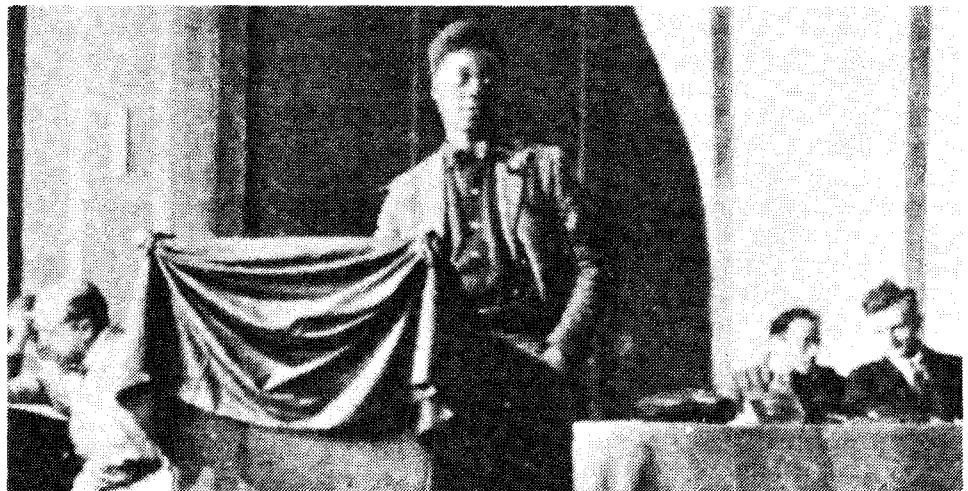
Die endgültige „Besänftigung“ des Imperialismus kam mit der Selbstzerstörung der Bürokratie und mit dem Gängel der Bürokraten von gestern, angeführt von Jelzin und seinen Kumpanen, Teil einer neuen kapitalistischen herrschenden Klasse zu werden. In Osteuropa und der ehemaligen UdSSR haben schwache konterrevolutionäre Regierungen angesichts des Mangels an Kapital dieses durch Rassismus und Nationalismus ersetzt, als Werkzeug zur Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten. „Ethnische Säuberung“ ist der Schlachtruf der kapitalistischen restaurativen Kräfte, von den serbischen Chauvinisten und den kroatischen faschistischen Kommandos, die den Vielvölkerstaat Jugoslawien zerstört haben, bis zu den Neo-Nazis, die in der ehemaligen DDR Flüchtlingswohnheime in Brand stecken.

In Moskau nennen sich die Pamjat-Faschisten, denen Jelzin Legitimität verschafft hat, offen „die letzte Hoffnung der weißen Zivilisation“. Jelzins „demokratische Intelligenz“ ist durchsetzt mit großrussisch-chauvinistischem Rassismus. Eine verbreitete Auffassung unter diesen „Yupskies“ ist, daß es gerechtfertigt gewesen sei, Afghanistan aufzugeben, denn „diese Asiaten sind nicht das Blut unserer russischen Jungs wert“. Dies ist das rassistische Gesicht hinter der Maske von Jelzins „demokratischer“ Konterrevolution.

Für proletarisch-politische Revolution!

Unter der Führung der Bolschewiki war die junge Sowjetrepublik ein Leuchtfener der Befreiung, besonders für die am meisten unterdrückten Völker der Erde. In einem Land, das das Wort „Pogrom“ erfunden hatte, wurde ein Jude, Jakow Swerdlow, der erste Präsident der russischen Republik. Felix Dzierzynski, ein Pole, wurde der Chef der Geheimpolizei. Man stelle sich vergleichsweise Schritte für die Befreiung der Menschheit heute vor: Eine siegreiche amerikanische Arbeiterrevolution setzt einen schwarzen Kommunisten als Präsidenten ein und eine hispanische Frau als Polizeichefin, um die übriggebliebenen Nester von KKK- und Nazi-Abschaum auszuräuchern.

Fortgesetzt auf Seite 23



Wide World

Claude McKay, ein auf Jamaika geborener amerikanischer schwarzer Dichter, spricht auf dem 4. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau 1922, berichtet über seinen herzlichen Empfang im jungen Arbeiterstaat

Euro-Chaos...

Fortsetzung von Seite 1

und wirtschaftlicher Zusammenarbeit wahrscheinlich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs“ (*Wall Street Journal*, 17. September). Vor zweieinhalb Jahren endete die Nachkriegszeit, als die zerfallende sowjetische Bürokratie unter Gorbatschow Ostdeutschland aufgab und damit den Sieg der Roten Armee über das Dritte Reich der Nazis rückgängig machte. Im März 1990 gewann der westdeutsche Kanzler Kohl eine entscheidende Wahl in der DDR mit dem falschen Versprechen, daß die Wiedervereinigung unter der D-Mark sofortigen Wohlstand bringen würde.

Westdeutschland wurde aus einem Kalte-Kriegs-Verbündeten des amerikanischen Imperialismus in ein aggressives Viertes Reich verwandelt, das die Vorherrschaft in Europa anstrebt. Deutschlands Herrscher stellten sich ein D-Mark-Imperium vor, das vom Balkan bis zum Baltikum und von Sibirien bis zur iberischen Halbinsel reicht. Im Sommer 1991 brachte das Bonner Regime durch starken Druck seine EG-Partner dazu, die Unabhängigkeit von Kroatien und Slowenien – traditionell im deutschen Einflußbereich – anzuerkennen, und beschleunigte dadurch das blutige Auseinanderbrechen Jugoslawiens. Ein halbes Jahr später verkündete Kohl in Maastricht triumphierend eine neue Ära der westeuropäischen Einheit, die gekennzeichnet sei durch eine gemeinsame Währung und durch neue, von der amerikanisch dominierten NATO unabhängige Streitkräfte.

Aber seitdem sind die Dinge nicht gut gelaufen für die Herren des Vierten Reichs, die jetzt untereinander und mit dem Rest der Welt im Streit liegen. Das von den Deutschen angezettelte Auseinanderbrechen Jugoslawiens hat zu einem unkontrollierbaren, sich ausweitenden nationalistischen Krieg auf dem Balkan geführt. Die Bestrebungen des Kohl-Regimes, die deutschen Werktätigen dazu zu zwingen, für die Annektion der DDR mehr zu zahlen, provozierte im Mai einen Streik von einer halben Million Arbeiter im Öffentlichen Dienst und Verkehrswesen, der das Land teilweise lahmlegte – der größte Streik seit Gründung der BRD, der mit einem Unentschieden endete. Mörderische Angriffe von Nazi-Skinheads auf Immigranten in Rostock und anderswo verstärkten in ganz Europa die Furcht vor einem starken nationalistischen Deutschland. Und die Hochzinspolitik der Bundesbank verschärfte die Rezession in der westeuropäischen Wirtschaft noch weiter und hat jetzt die Finanzmärkte der Welt ins Chaos gestürzt.

In einer Orgie von imperialistischem Triumphalismus verkündete Bush erst gestern eine „neue Weltordnung“, als die Kriegsmaschine der USA den Irak verwüstete. Kohl und der französische Präsident Mitterrand versprachen „Vereinigte Staaten von Europa“. Aber das Ende des Kalten Kriegs hat zunehmend Unordnung und zwischenimperialistische Konflikte gebracht. Der Aufstand der schwarzen und spanischsprachigen Armen in Los Angeles im letzten Frühjahr, der deutsche ÖTV-Streik, der Tokioter Börsenkrach und jetzt die Krise der Europäischen Gemeinschaft, all dies weist auf eine wachsende Instabilität in den Zentren des Weltkapitalismus hin. Die unmittelbaren Aussichten sind eine Periode von Unruhen, die zu scharfen Klassenkämpfen führt.

Ein Vorbote ist die Explosion der Wut der Arbeiter in Italien nach der Abwertung der Lira und den verheerenden Austeritätsmaßnahmen, die die italienische Regierung auf Befehl der Frankfurter Bankiers verkündet hat. Hunderttausende Arbeiter sind auf die Piazzas geströmt und haben die Ausverkaufs-Gewerkschaftsführer angeprangert. Und Griechenland, das ärmste Land in der Europäischen Gemeinschaft, wird jetzt von Massenstreiks mit mehr als einer

Million Arbeitern, von Busfahrern bis zu Bankangestellten, erschüttert.

Währungsordnung und -unordnung von Bretton Woods bis Maastricht

Internationale Bankiers verlangen ein System von festen Wechselkursen, damit Schuldnerländer nicht durch Inflationierung und Abwertung ihrer Währung zurückzahlen können. Statt dessen müssen Schuldnerstaaten zahlen, indem sie aus ihrer Arbeiterklasse und anderen Werktätigen realen Reichtum – Marx' Begriff „Mehrwert“ – herauspressen. Dieser Befehl der Bankiers war im Goldstandard des Kapitalismus des 19. Jahrhunderts verkörpert. Alle wichtigen nationalen Währungen standen in fester Relation zum Gold, das benutzt wurde, um Ungleichgewichte im Handel auszugleichen. Der Goldstandard wurde durch die inflationäre Explosion vernichtet, die mit dem ersten imperialistischen Weltkrieg von 1914–18 einherging, und die Bemühungen, ihn wieder einzuführen, wurden unter den Trümmern der Weltwirtschaftskrise in den 30er Jahren begraben.

Auf der Konferenz von Bretton Woods 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete der siegreiche und vorherrschende Staat des amerikanischen Imperialismus ein internationales Währungssystem, das auf seiner eigenen nationalen Währung beruhte. Der Dollar erhielt einen festen Kurs und konnte zu einem festgesetzten Preis in Gold umgetauscht werden (35 Dollar pro Unze); andere Währungen sollten an den Dollar gekoppelt werden. Die anschließende Schwächung der wirtschaftlichen und politischen Macht der USA in der kapitalistischen Welt, beschleunigt durch die Niederlage im Vietnamkrieg, führte zum Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods. 1971 wertete US-Präsident Nixon den Dollar in bezug auf Gold ab und leitete damit eine Periode von internationaler Währungsanarchie ein.

Befreit von der „Disziplin“ fester Wechselkurse, finanzierten die kapitalistischen Regierungen ihre Haushaltsdefizite dadurch, daß sie mehr Geld druckten. Handelsbilanzdefizite wurden durch Abwertungen der Währung „ausgeglichen“. Die 70er Jahre waren ein Jahrzehnt zunehmender weltweiter Inflation, die von Preissteigerungen bei Öl und anderen natürlichen Rohstoffen angeheizt wurde. Die Bankiers der Welt begannen nach der Wiederherstellung der Währungs„disziplin“ zu schreien. Aber der amerikanische Imperialismus war nicht mehr stark genug, um eine solche Disziplin im Weltmaßstab zu erzwingen.

Das westeuropäische Finanzkapital, dominiert von den Frankfurter Bankhäusern, ging daran, ein System fester Wechselkurse auf einer regionalen Basis wiederherzustellen. 1979 gegründet, wurde das Europäische Währungssystem später vom Führer der britischen Tories (Konservative), John Major, als „ein moderner Goldstandard mit der D-Mark als Anker“ gepriesen. Formal waren die nationalen Währungen an das sogenannte ECU (Europäische Währungseinheit) gekoppelt, eine künstliche Rechnungseinheit, die praktisch die D-Mark in Verkleidung ist. Mitgliedsstaaten konnten den Wert ihrer Währung in bezug auf das ECU nur innerhalb einer engen Bandbreite verändern.

Die Schaffung des Europäischen Währungssystems war Teil eines allgemeinen Programms in den vorherrschenden kapitalistischen Ländern, die inflationären Verhältnisse der 70er Jahre zu beseitigen. Neue rechtsgerichtete Regime – Thatcher in Britannien, Reagan in den USA, Kohl in Westdeutschland – kamen an die Macht mit dem Versprechen, das Geld zu verknappen und die Regierungsausgaben für Sozialprogramme zu kürzen. Diese deflationäre Politik trug dazu bei, die kapitalistische Welt in die Depression von 1982–83 zu stürzen, als die Arbeitslosigkeit in Nordamerika und Westeuropa den höchsten Stand seit den 30er Jahren erreichte. Die Depression beendete den Boom bei den

Berlin: Flüchtlinge vor der Asylbehörde werden brutal von der Polizei des Vierten Reichs zurückgedrängt. Alle, die es aus der Hölle ihrer Herkunftsländer geschafft haben, hierher zu kommen, haben das Recht, hier zu bleiben. Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!



Paul Glaser/Der Tagesspiegel

Rohstoffpreisen, was die armen Länder der Dritten Welt zwingt, ihre Anleihen bei der Wall Street, der City von London und in Frankfurt zu Realzinssätzen zurückzuzahlen, die viel höher sind als zum Zeitpunkt der Aufnahme der Anleihen.

Zu Beginn der 80er Jahre versuchte Frankreich unter dem neuen sozialdemokratischen Regime von François Mitterrand zuerst, angesichts der Weltdeflation mit expansiver Steuer- und Währungspolitik wirtschaftlich gegen den Strom zu schwimmen. Der Versuch der französischen Sozialisten mit „Keynesianismus in einem Land“ führte zu massiver Kapitalflucht und erzwang eine Reihe von Abwertungen des Franc. 1983 machte das Mitterrand-Regime eine scharfe Kehrtwendung und führt seitdem eine Austeritätspolitik im Namen des „franc fort“ (starker Franc) durch, die selbst den hohen Anforderungen von rechten Monetaristen entspricht. Französische Arbeiter haben dafür mit einem Jahrzehnt von Massenarbeitslosigkeit bezahlt, besonders unter jugendlichen und eingewanderten Arbeitern.

Nachdem die Frankfurter Bankiers die französischen Sozialdemokraten gedemütigt hatten – mit Unterstützung der Wall Street –, waren sie in der Lage, die ärmeren Mittelmeerländer der Europäischen Gemeinschaft bei der Stange zu halten. Ein Wirtschaftswissenschaftler bei der Zentralbank Griechenlands bemerkte, daß das Europäische Währungssystem (EWS) „die Politik der zur Inflation neigenden Länder zu einer größeren Disziplin zwingt“. Die herrschenden Klassen Italiens, Spaniens und Portugals akzeptierten die Disziplin des EWS im Austausch gegen die finanzielle Unterstützung durch die D-Mark. Im Prinzip war die Bundesbank verpflichtet, die bestehenden Wechselkurse von Lira, Peseta und Escudo zu verteidigen, und machte dadurch den Süden der Europäischen Gemeinschaft für ausländische Investoren attraktiver.

Bei all der Stimmung von kapitalistischem Triumphalismus über den Aufstieg der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion verkündeten die Herrscher des kapitalistischen Westeuropas ihr Vorhaben, eine gemeinsame Währung einzuführen. Dem Abkommen von Maastricht lagen jedoch *widersprüchliche Programme* zugrunde in bezug darauf, wie eine Währungsunion in der Praxis funktionieren würde. Die französischen und spanischen Sozialdemokraten stellten sich eine europäische Zentralbank vor, die die augenblickliche Macht der Bundesbank abschwächen würde und großzügiger ECUs zur Verfügung stellen würde, um

ihre Haushalts- und Zahlungsbilanzdefizite auszugleichen.

Pustekuchen! Die deutschen Bankiers bestehen darauf, daß eine europäische Währungsunion eine Diktatur der Finanziere sein muß, die sich dem knappen Geld verschrieben hat und frei ist von jeglichem Anschein demokratischer oder durch die Bevölkerung ausgeübter Kontrolle. In den Worten des ehemaligen Bundesbankchefs Karl-Otto Pöhl:

„Wenn wir ein europäisches Währungsregime haben sollen, dann muß es so gut sein wie z. B. das der Bundesbank. Und eine europäische Zentralbank kann nur dann Preisstabilität erreichen, wenn sie in ihrer Geldpolitik unabhängig ist von den Institutionen und Regierungen der EG“ (Alberta M. Sbragia, Herausgeber, *Euro Politics: Institutions and Policymaking in the 'New' European Community* [Europolitik: Institutionen und politische Entscheidungen in der ‚neuen‘ Europäischen Gemeinschaft] – Brookings Institution, 1992)

Pöhls Kollegen haben jetzt das existierende europäische Währungsregime zerstört, noch ehe der Vertrag von Maastricht ratifiziert wurde.

Bundesbank torpediert europäisches Währungssystem

In den 60er Jahren wurde der Gemeinsame Markt von vielen Europäern gesehen als eine amerikanische Verschwörung, um den Kontinent wirtschaftlich zu dominieren. Dies war das Thema des berühmten Buchs *Le défi américain* [Die amerikanische Herausforderung] des französischen Journalisten Jean-Jacques Servan-Schreiber. Heute schreibt der deutsche Publizist Theo Sommer, Chefredakteur der *Zeit*, deren Mitherausgeber der ehemalige sozialdemokratische Kanzler Helmut Schmidt ist, über ein vereinigtes Europa als ein Bollwerk gegen die USA und Japan:

„Die Gefahr ist nicht gänzlich von der Hand zu weisen, daß die dreiseitige Kooperation Europa-Nordamerika-Japan einer Konfrontation nach drei Seiten Platz macht und an die Stelle der zusammenarbeitenden trilateralen Welt von heute eine Welt dreier zusammenprallender Blöcke tritt ... Ließe sich der fatale Lauf der Dinge jedoch nicht aufhalten, so böte ein einiges, vereintes, vereinigtes Europa den Völkern der Alten Welt wenigstens die beste Chance der Selbstbehauptung.“ (*Die Zeit*, 25. September)

Fortgesetzt auf Seite 14

Euro-Chaos...

Fortsetzung von Seite 13

Auch Hitler sah in einer Festung Europa die beste Chance der alten Welt zur „Selbstbehauptung“.

Die deutsche Wiedervereinigung und der Zusammenbruch der Sowjetmacht haben jedoch keineswegs einer groß-europäischen „Einheit“ Auftrieb gegeben, sondern hatten genau den entgegengesetzten Effekt. Diese Entwicklungen verschärften sehr die Interessenkonflikte zwischen den bürgerlichen Nationalstaaten, aus denen die Europäische Gemeinschaft besteht. Während des Kalten Krieges diente Westdeutschland als Zahlmeister des NATO-Bündnisses gegen die Sowjetunion. In einer Erklärung der internationalen Spartacist Tendenz aus dem Jahr 1979, in der wir zum Boykott der Wahlen zum europäischen Pseudoparlament in Straßburg aufriefen, schrieben wir:

„Die EWG wurde ursprünglich Mitte der fünfziger Jahre als Teil der amerikanisch gelenkten Reorganisation Westeuropas gegen den Sowjetblock gegründet. Washingtoner Politiker waren besorgt darüber, die französische Opposition gegen eine westdeutsche Dominanz Europas könnte zu einer Wiederbelebung der traditionellen Allianz Paris-Moskau führen, in der Art des Stalin-Laval-Paktes 1935. Der Gemeinsame Markt war und bleibt im wesentlichen ein ökonomischer Kompromiß zwischen der französischen und der deutschen herrschenden Klasse im Kontext ihrer politisch/militärischen Allianz gegen die UdSSR.“ (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 25, Juni 1979)

In den 60er Jahren konnte z. B. der französische Präsident Charles de Gaulle Bonn dazu bringen, bessere wirtschaftliche Bedingungen im Gemeinsamen Markt zu gewähren, indem er drohte, freundlichere Beziehungen zu Moskau einzugehen. Deutschlands ständige hohe Handelsüberschüsse lieferten die finanziellen Mittel dazu, die schwächeren Währungen im EWS zu stützen, etwas Hilfe in die ärmeren Mittelmeerländer zu schleusen und die widerspenstigen französischen Bauern durch die gemeinsame Agrarpolitik zu besänftigen. Aber die deutsche Wiedervereinigung führte zu einer plötzlichen *Umleitung der internationalen Kapitalströme auf Kosten Westeuropas*.

Nach der Demontage der industriellen Basis der ehemaligen DDR mußte Bonn Millionen von verelendeten und arbeitslosen Ostdeutschen Stempelgeld geben. Im letzten Jahr beliefen sich die Regierungstransfers nach Ostdeutschland auf 180 Milliarden D-Mark. Dies lief auf eine gigantische interne Exportsubvention für westdeutsche Hersteller hinaus. Zusätzlich gab Bonn 75 Milliarden Mark zur Unterstützung des konterrevolutionären Jelzin-Regimes in Rußland aus und weitere 105 Milliarden in Osteuropa, um die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Neokolonien der Deutschen Bank zu verwandeln.

Deutschlands früher geringe Haushaltsdefizite blähten sich auf 3,5 Prozent des Bruttosozialprodukts auf (vergleichsweise größer als das Defizit von Frankreich oder Britannien) und absorbierte 50 Prozent der persönlichen Spareinlagen. Letztes Jahr hatte Deutschland zum ersten Mal seit einem Jahrzehnt ein Defizit in der Handelsbilanz. Der deutsche Publizist Josef Joffe faßte die wirtschaftlichen Konsequenzen der Wiedervereinigung so zusammen: „Massives deficit spending, massive Verschuldung und ein übler Inflationsschub“. Wie Joffe witzelte, ist Deutschland ein Junkie geworden, der den Kokainnachschub in der Hand hat.

Nicht jeder in Deutschlands herrschenden Kreisen teilte die Illusion, daß die wirtschaftliche Stärke des Landes groß genug sei, um Europa von Moskau bis Lissabon zu dominieren. Schon 1990 kritisierte die Bundesbank Kohl, daß er bei dem auf Pump erfolgten Kauf der DDR zuviel anbie-

te, und ihr Präsident trat aus Protest zurück. Anschließend erhöhte die Bundesbank die Zinssätze auf einen Nachkriegsrekord, um das Wiedervereinigungsdefizit ohne eine Entwertung der geheiligten D-Mark zu finanzieren. Der Diskontsatz, zu dem die Bundesbank den Geschäftsbanken Kredite gewährt, sprang von 3,5 Prozent im Jahr 1989 auf acht Prozent zu Beginn dieses Jahres. Zur gleichen Zeit verlangte die Bundesbank – unterstützt vom Internationalen Währungsfonds (dem Weltkartell der Banken) –, daß das Kohl-Regime das Haushaltsdefizit auf Kosten der deutschen Werktätigen drastisch reduzieren müsse.

Das deutsche Kapital hat versucht, die wirtschaftliche Überbeanspruchung dadurch zu verringern, daß sie die Ausbeutungsrate ihrer eigenen Arbeiterklasse, organisatorisch das mächtigste Proletariat in Europa, erhöht. Dies führte zum ÖTV-Streik im letzten Frühjahr, der mit einer politischen Niederlage für das Kohl-Regime endete und mit einer wirtschaftlichen Niederlage für die europäischen Bourgeoisien (siehe *Spartakist-Extra*, 25. Mai: „Stürzt die Kohl-Regierung durch Arbeiteraktion“).

Nach dem Streik schraubte die Bundesbank die Zinssätze noch höher. Carlo de Benedetti, Vorsitzender von Italiens Olivetti, erklärte, diese Maßnahme habe „das Ziel, die Binnennachfrage zu brechen, Auslandskapital anzuziehen und einen Teil der Kosten der Wiedervereinigung auf Deutschlands Nachbarn abzuwälzen“ (*Financial Times* [London], 15. September).

Statt der mutmaßlichen „Lokomotive“, die die westeuropäische Wirtschaft vorwärts zieht, wurde Deutschland der große Bremser. Länder mit mehr als zehn Prozent Arbeitslosigkeit wie Italien und Britannien mußten ihre eigenen Zinssätze anheben und damit ihre Wirtschaft weiter runterfahren, um einen massiven Kapitalabfluß nach Frankfurt zu verhindern. „Hohe deutsche Zinsen tun jedem weh“, schrie ein britischer Geschäftsmann.

Alle Zentralbanker verachten sich gegenseitig. Aber die Direktoren der Bundesbank tun so, als wären sie die Götter der D-Mark, die über eine gewöhnliche Menschheit herrschen. Deutsche Bankiers und ihre politischen Agenten reagierten auf internationale Beschwerden über die hohen Zinssätze mit herausforderndem Trotz. „Wir können nicht akzeptieren, daß andere uns in der Frage der Zinssätze herumstoßen“, war die schnippische Bemerkung eines hohen Beamten im Bonner Finanzministerium (*New York Times*, 22. Juli).

Man muß sich fragen, ob die Mandarine der Bundesbank nicht absichtlich den Maastrichter Vertrag sabotiert haben, aus Angst, die vorgeschlagene Währungsunion werde ihre bürokratische Befehlsgewalt bedrohen und schließlich die finanziellen Aktivposten des deutschen Kapitals abwerten. Es bedurfte keines größeren Verständnisses, um zu sehen, daß die schwindelerregenden deutschen Zinssätze Druck auf die schwächeren Währungen im EWS, wie die Lira und das Pfund, ausüben würden und eine weitverbreitete Opposition gegen eine europäische „Einheit“ unter deutscher Vorherrschaft anfachen würden. Das „Nein“ zu Maastricht bei der dänischen Volksabstimmung im Juni ließ in den europäischen Hauptstädten Alarmglocken läuten, und Mitterrand setzte seine politische Zukunft beim kürzlichen Referendum in Frankreich aufs Spiel. Als also die deutschen Bankiers dem übrigen Europa sagten, es solle zur Hölle gehen, müssen sie gewußt haben, daß genau das passieren würde.

Die Auflösungserscheinungen begannen im Norden des kapitalistischen Europa. Anfang September wurde die Finnmark abgewertet, und der spekulative Druck ergoß sich über die Grenze nach Schweden. Da Finnland und Schweden keine Mitglieder, sondern nur Satelliten der EG sind, bedrohte das Währungsdurcheinander in Skandinavien das EWS nicht direkt. Italien war jedoch etwas anderes, denn die

Deutschen waren angeblich zur Verteidigung des Wertes der Lira verpflichtet. Nachdem die Bundesbank 24 Milliarden Mark geblecht hatte bei dem Versuch, die spekulativen Haie im Mittelmeer abzuwehren, setzten die Deutschen ihren Verlusten ein Ende. Am 13. September wurde die Lira um sieben Prozent gegenüber der D-Mark *abgewertet*.

Als Beschwichtigung für die internationale Meinung verkündete die Bundesbank – Berichten zufolge nach einem Geheimbesuch von Kohl – die seit langem geforderte Senkung der Zinssätze ... um ein Viertel Prozent. Das war so unverschämt wenig, daß es ein Signal an die internationalen Finanzleute war, daß Italien, Britannien und die anderen Länder auf sich allein gestellt waren. Für die besonders Begriffsstutzigen erklärte Bundesbank-Chef Schlesinger der Wirtschaftspresse unverblümt, daß weitere Währungsangleichungen notwendig seien.

So erhielt die Lira weitere Schläge, und Devisenhändler sowie größere ausländische Investoren in Britannien – z. B. die amerikanischen Versicherungs- und Pensionsfonds – verkauften die Pfunde zu Dumpingpreisen wie verrückt. Die Tory-Regierung von John Major kündigte unter bitteren Beschuldigungen gegen die Deutschen an, daß Britannien seine Mitgliedschaft im EWS aussetzt und das Pfund Sterling abwertet. Es gibt hier eine nette Ironie. Vor ein paar Jahren stellte sich Major gegen Margaret Thatcher und stürzte sie im Namen der besseren Zusammenarbeit innerhalb der EG – d. h. engeren Verbindungen zwischen der Londoner City und den Frankfurter Banken.

Das Europäische Währungssystem – über ein Jahrzehnt lang ein Schlüsselement in der Finanzordnung des kapitalistischen Europa – ist kaputt. Der ECU ist schon längst tot. Sicher, Kohl und Mitterrand tun so, als ob man das System retten könne und man sogar mit Plänen für eine Währungsunion in einem langsameren Tempo vorangehen könne. Internationale Finanzleute wissen es besser. Ausländische Investoren in Britannien verloren Milliarden, weil sie das EWS für bare Münze nahmen und glaubten, das Pfund sei so gut wie die D-Mark. Wenn im nächsten Monat Kohl, Mitterrand und Major mit ihrem eigenen Blut einen Vertrag unterzeichnen würden, in dem sie schwören, daß D-Mark, Franc und Pfund für immer feste Wechselkurse haben würden, würde es ihnen kein einziger Finanzmensch auf dem ganzen Planeten glauben.

Revolte der Bevölkerung gegen Maastricht

Der Maastrichter Vertrag wurde durch die zunehmenden Interessenkonflikte zwischen den größeren europäischen bürgerlichen Staaten erledigt, unter dem Druck des internationalen Finanzkapitals. Trotzdem erzeugte die Aussicht auf einen europäischen kapitalistischen Superstaat – obwohl in Wirklichkeit *illusorisch* – monatelang erheblichen politischen Aufruhr, polarisierte die öffentliche Meinung und führte zu erbitterten Rissen in den größeren bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien.

Mitterrand, Kohl und die anderen Architekten von Maastricht hatten erwartet, den Vertrag in den verschiedenen Parlamenten ohne große öffentliche Debatte durchdrücken zu können. Nur zwei der kleinsten Länder in der EG, Dänemark und Irland, hatten ursprünglich Volksabstimmungen über die Frage angesetzt, und man nahm an, die Zustimmung sei automatisch.



Le Bolchévick

Paris, Januar 1988: Ligue trotskyste de France beteiligt sich an antifaschistischer Einheitsfrontaktion gegen Le Pen

Doch als die Tragweite des neuen EG-Vertrages klar wurde, entstand eine Woge von Opposition, die allerlei Unzufriedenheit in der Bevölkerung ausdrückte. Es gibt Angst vor einer deutschen Vorherrschaft in Europa und auch nationale Ichbezogenheit („Wir wollen unsere geliebte D-Mark nicht aufgeben“). Faschisten und rechte Demagogen appellierten an chauvinistische Feindschaft gegen die Einwanderung, die unter Maastricht angeblich liberalisiert werden sollte. Auf der anderen Seite erkannten klassenbewußte Arbeiter, daß die vorgeschlagene Währungsunion darauf abzielte, Löhne und Sozialleistungen niedrig zu halten und zusammenzustoßen. Noch allgemeiner wurde Maastricht zu einem Symbol der arroganten herrschenden Eliten in Europa – die Jet-Set-Banker, Firmmanager und hohen Regierungsbeamten mit ihren Leibwächtern und Limousinen, die in piekfeinen Hotels leben, wenn sie endlose Runden von EG-Konferenzen abhalten.

„Warum sollte Brüssel unsere Gesetze machen?“, war das Hauptargument der siegreichen dänischen Opposition. In Wirklichkeit werden im EG-Hauptquartier in Brüssel keine Gesetze gemacht, sondern nur *Abkommen* zwischen den Mitgliedstaaten, die sie nach Belieben brechen können und auch brechen. Sowohl Rechte (Britanniens Thatcher) als auch Linke (Frankreichs Chevènement) verbreiten die falsche Vorstellung, daß die EG von einer Clique gesichtsloser Bürokraten geleitet wird. Der Ort, an dem in der EG wirklich Politik gemacht wird, ist der Ministerrat, der aus den Außenministern der Mitgliedstaaten besteht. Die Außenminister treffen sich hinter verschlossenen Türen, ohne Presseberichterstattung, und ihre Beratungen dringen nicht an die Öffentlichkeit. Das erlaubt ihnen, die Schuld an der unpopulären Politik auf diese berühmten gesichtslosen Brüsseler Bürokraten zu schieben.

Die EG ist kein Superstaat im Anfangsstadium seiner Entwicklung; sie ist ein *Bündnis* von bürgerlichen Nationalstaaten, die ihre oft widersprüchlichen Interessen ins Gleichgewicht bringen. Wenn diese Interessen ernsthaft aus dem Gleichgewicht geraten, dann zählen EG-Abkommen, EG-Politik und EG-Institutionen überhaupt nichts. Siehe den jetzigen spektakulären Zusammenbruch des EWS.

Selbst die kleinsten Mitgliedstaaten können ihre eigenen Bedingungen aushandeln. Schaut Irland an. Die Dubliner Regierung verlangte, und bekam, eine Sonderregelung, daß

Fortgesetzt auf Seite 16



Paris-Normandie

Streikende bei Renault-Cléon errichteten Barrikaden vor dem Werkseingang, um Streikbrecher-Lkws zu stoppen

Euro-Chaos...

Fortsetzung von Seite 15

die EG-Politik nicht Irlands verfassungsmäßiges Abtreibungsverbot außer Kraft setzen könnte. Soviel zu den Bemühungen der Sozialdemokraten und Liberalen, die EG als eine Bastion der „Menschenrechte“ darzustellen!

Nach dem dänischen „Nein“ erkannten die europäischen Bourgeoisien, daß sie ziemlich massiv politische Schadensbegrenzung machen mußten. So rief Mitterrand, der sich in einem Land, das der Hauptmotor der EG gewesen war, einer komfortablen Zustimmung sicher war, zu einer Volksabstimmung in Frankreich auf. Doch alles, was Mitterrand in diesen Tagen anfaßt, verwandelt sich in Mist. Ein Manöver, daß die EG stützen sollte, trug dazu bei, die existierende Finanzordnung von Westeuropa zu erschüttern.

Noch stärker als in Dänemark traf die Volksabstimmung in Frankreich auf elementare Feindschaft – hauptsächlich von der Arbeiterklasse – gegen das herrschende Establishment. Außerhalb Frankreichs wurde diese Opposition dargestellt als eine Vernarrtheit in die „nationale Souveränität“, die geschürt werde durch die Furcht vor einer deutschen Vorherrschaft in einem „vereinigten“ Europa. Die ausländischen bürgerlichen Medien spielten die Rolle des Faschisten Le Pen hoch, der herumschimpfte, Frankreich würde durch Maastricht mit Immigranten überflutet. Der Grundtenor der Opposition war jedoch die instinktive Erkenntnis, daß die EG eine Agentur der Pariser Bourse und der Frankfurter Bankiers ist.

Obwohl dies eindeutig Mitterrands Referendum war, führte die konservative bürgerliche Opposition eine Kampagne für die Ratifizierung des EG-Vertrags. Die intellektuelle Elite und Medien-Superstars (Alain Delon, Popsänger Johnny Halliday) wurden von dem sozialistischen Kulturzaren Jack Lang für eine „Ja“-Stimme mobilisiert. Die ganze Schickleria in Frankreich war, bien sûr, für Maastricht.

Mit der Arroganz der Haute Bourgeoisie schrieb der Direktor von *Le Monde*, Jacques Lesourne: „Maastricht scheint für eine Reihe unserer Mitbürger zum Sündenbock für alle unsere Mißstände geworden zu sein und das Referendum zur Gelegenheit für ein großes Dampfblasen.“ Aber die Männer, die die EG führen, sind keine Sündenböcke; sie beuten wirklich und wahrhaftig die Werkstätigen

in Frankreich und im übrigen Europa aus und halten sie nieder. Sie sind verantwortlich für die arbeitslosen Stahlarbeiter in Lothringen und Hafentarbeiter in Marseille. Sie sind die Schirmherren der feinen Pariser Restaurants, in denen gettoisierte algerische und marokkanische Jugendliche die Teller waschen und den Fußboden wischen. Das Referendum über Maastricht gab arbeitslosen Stahlarbeitern und nordafrikanischen Tellerwäschern eine kleine Gelegenheit, sich den Herren von Europa zu widersetzen.

Die Ligue trotskyste de France, französische Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, erklärte:

„Wir rufen zu einer Nein-Stimme auf ... im Bewußtsein, daß ein Sieg des ‚Nein‘ dieses arbeiterfeindliche, immigrantenfeindliche und antisowjetische Regime weiter ein bißchen schwächen würde und dadurch eine Bresche schlagen würde, aus der die Arbeiterklasse Vorteil ziehen kann.“
(*Le Bolchévik* Nr. 120, September)

Mit dem Aufruf zum „Nein“ gegen Maastricht unterstrich die LTF die Notwendigkeit einer klassenkämpferischen Opposition gegen den Rassismus, der sich gegen Immigranten richtet, und rief dabei zur Massenmobilisierung auf der Basis der Gewerkschaften auf, um die Faschisten zu zerschlagen, und forderte volle Staatsbürgerrechte für „Immigranten“ (auch für die Hunderttausende, die seit Jahrzehnten in Frankreich leben und arbeiten).

Die pseudotrotskistische Ligue Communiste Révolutionnaire, Anhänger von Ernest Mandel, war für ein „Nein“ als ein Druckmittel, um den EG-Vertrag im sozialdemokratischen Geist neu zu verhandeln, und sie gab ein Programm heraus, das nicht einmal von „Sozialismus“ spricht, geschweige denn von proletarischer Revolution. Statt dessen forderte die LCR „ein soziales Europa“, das „Harmonie von oben schafft, statt Rechte durch die Gesetze des Marktes zu zerschlagen“, „ein Europa, das die 35-Stunden-Woche verallgemeinert und auf einen einheitlichen Mindestlohn von tausend ECU hindeutet“ (*Dossier Rouge* Nr. 42, Juni). „Eintausend ECU“, Eure Majestät, und nichts weniger – das ist es, was diese tapferen Revolutionäre fordern! Doch solange der Kapitalismus bestehen bleibt, werden die Rechte der Werkstätigen und der Armen durch den Markt zerschlagen. Das Gerede, die EG in ein „soziales Europa“ zu verwandeln, heißt, die Arbeiter mit reformistischen Wunschträumen einzulullen.

Viel schlimmer war die abstentionistische Linie der arbeitertümelnden Philister von Lutte Ouvrière. LO hat es zu seinem Markenzeichen gemacht, den Stimmungen der rückständigen Teile der Arbeiterklasse hinterherzulaufen (was sie oft in unmittelbare Nähe zu rechten Rassisten bringt). Aber diesmal trug ihre Furcht, das Mitterrand-Regime könnte stürzen, den Sieg davon. Da die LO-Kandidaten bei den letzten französischen Wahlen zwei Prozent der Stimmen gekriegt haben, hat ihr Aufruf zur Stimmenthaltung *vielleicht die ausdrückliche Ablehnung des EG-Vertrages verhindert* – was eine entscheidende politische Niederlage für die sozialdemokratischen Lakaien der Pariser Bourse und eine Demütigung für die gesamte bürgerliche Ordnung in Europa gewesen wäre.

Am eindrucksvollsten beim Referendum war die klare und überwältigende Klassentrennung zwischen „Ja“ und „Nein“, wobei die Arbeiterklasse zu 60 Prozent dagegen

stimmte. *Le Monde* (22. September) hatte die Schlagzeile: „Nur der Rote Gürtel stimmte dagegen“ in der Pariser Region. Die Ergebnisse erhellten die Wirtschaftsgeographie des heutigen Frankreichs. Das bürgerliche Paris und die Ski-Urlaubsorte in den Rhône-Alpen stimmten mit „Ja“, das wirtschaftliche Notstandsgebiet um Calais im Norden, das unter dem Niedergang seiner traditionellen Schwerindustrie leidet, und der verarmte Hafen von Marseille stimmten mit „Nein“. In einem gewissen Sinn hatte die Opposition schon gewonnen, bevor die Abstimmung durchgeführt wurde. Die Aussicht auf ein „Nein“ mündete in die Währungskrise, die den Betrug mit dem Projekt einer wirtschaftlichen und politischen Union des kapitalistischen Europa entlarvte.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

In den Tagen der Begeisterung nach Maastricht erklärte Kohl: „Was ich will, sind die Vereinigten Staaten von Europa.“ Aber selbst Rudolf Augstein, Herausgeber des einflussreichen *Spiegel*, stellte fest, daß dies ohne Krieg nicht möglich ist: „Einen Staat wie im 19. Jahrhundert zu gründen, was Italien, das Deutsche Reich und die USA damals geschafft haben, ist heute und ohne Krieg ein nicht mehr vorstellbares Unterfangen“ („L'Europe oui, Maastricht non“, 14. September). Natürlich war es auch damals nicht möglich ohne die von Cavour, Bismarck und Lincoln geführten Kriege. Darüber hinaus sind Versuche, ein vereinigtes *kapitalistisches* Europa zu schaffen, von Natur aus reaktionär. Lenin schrieb 1915:

„Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitaleports und der Aufteilung der Welt durch die ‚fortgeschrittenen‘ und ‚zivilisierten‘ Kolonialmächte, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär...“

Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte...“ („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“, *Werke* Band 21)

Wie allgemein festgestellt worden ist, tendiert die „Welt nach dem Kalten Krieg“ zur Bildung von drei bedeutenden Wirtschaftsblöcken: Europa unter deutscher Vorherrschaft, Nordamerika unter Vorherrschaft der USA und Ostasien unter japanischer Vorherrschaft. Kurzfristig wird der Zusammenbruch des Maastricht-Projekts eher für Amerika politisch günstig sein, das die europäischen Bourgeoisien leichter gegeneinander ausspielen kann. Aber selbst wenn der deutsche Imperialismus aus einer Periode des Aufruhrs nach Maastricht gestärkt hervorgeht und eher in der Lage ist, seinen Willen wirtschaftlich (und militärisch) durchzusetzen, würde dies nicht auf eine Ära von Harmonie und Wohlstand hindeuten, sondern auf interimperialistischen Krieg.

Die europäischen Arbeiter befinden sich im Wettlauf mit der Zeit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse und die offizielle Politik drängen zu Klassenkämpfen, in denen die Arbeiterbewe-

gung ihre Stärke mobilisieren muß oder mit einer einschneidenden Senkung ihres Lebensstandards rechnen muß. Angriffe der Regierung auf die Gesundheitsversorgung in Deutschland, der endgültige Angriff der Bosse auf die „scala mobile“ (gleitende Skala der Löhne zum Ausgleich der Inflation) in Italien und eine konzentrierte Offensive zur Zerschlagung der Gewerkschaften in Frankreich sind bereits in Gange. Und in ganz Europa greifen Angriffe auf die immigrierten Bevölkerungsgruppen um sich.

Das größte Hindernis für Arbeiterkämpfe und für die Abwehr von rassistischen Angriffen sind die reformistischen Führungen der Arbeiter-Massenparteien und der Gewerkschaften. Italienische Arbeiterkämpfer haben dies erkannt, so bewarfen sie den führenden Arbeiter-Ausverkäufer Trentin mit Münzen. Doch solche Ausbrüche berechtigter Wut reichen nicht aus – es muß eine wirklich kommunistische Führung auf der Basis eines revolutionären Programms geschildet werden.

Die kapitalistische Konterrevolution hat den Völkern Osteuropas unerhörtes Elend und brudermörderischen Nationalismus gebracht. Aber die entstehenden bürgerlichen Staaten, von Walesas Polen bis Milosevics Serbien, sind extrem schwach und zerbrechlich. Das Jelzin-Regime in Rußland, Krawtschuk in der Ukraine usw. reißen die UdSSR auseinander, um die Überreste in Neokolonien von Wall Street, Frankfurt und Tokio zu verwandeln. Um diese Katastrophe zu verhindern, muß die multinationale sowjetische Arbeiterklasse die Kräfte der kapitalistischen Restauration besiegen und die UdSSR auf der Grundlage leninistischer Prinzipien wiederherstellen.

Die Arbeiter Osteuropas stehen nicht nur vor wirtschaftlicher Verelendung, sondern auch vor Kriegen, die von den Imperialisten manipuliert werden und wie sie jetzt auf dem Balkan wüten. Die Arbeiter Westeuropas sehen sich Angriffen auf ihren Lebensstandard ausgesetzt, wo ihre imperialistischen Herrscher, allen voran diejenigen des deutschen Vierten Reichs, sich daranmachen, neokoloniale Regime im Osten zu errichten. Die blutsaugerischen Banken und multinationalen Konzerne müssen durch revolutionären Klassenkampf besiegt und enteignet werden. Nur die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa – auf der Grundlage einer geplanten und gerechten Arbeitsteilung – können für ein anständiges und sicheres Leben für alle Werktätigen sorgen, von den Kohlenbergleuten Sibiriens bis zu den Landarbeitern Portugals.

Nach Workers Vanguard Nr. 560, 2. Oktober



Frankfurt, Mai 1992: Der ÖTV-Streik zeigte die Macht der Arbeiter gegen die Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung

„Besseren Kapitalismus“ bejahen – Viertes Reich verneinen? Avanti im Spagat über Wiedervereinigung

Es ist schon ein Hundeleben, ein Anhänger von Ernest Mandels „Vereinigtem“ Sekretariat (VS) in Deutschland zu sein. Der französische Matti-Flügel des VS hat 1990 den Vormarsch des Imperialismus in Deutschland und in Osteuropa offen begrüßt; Ernest Mandel sagte „Jein“ zur Wiedervereinigung. In Westdeutschland haben sich die Alt-Mandelianer der GIM seit 1986 in der „Vereinigten Sozialistischen Partei“ mit Eispickel-Maoisten zusammengeschlossen. Angesichts der beginnenden politischen Revolution in der DDR verboten *alle* Flügel der VSP ihren Mitgliedern jegliche politische Arbeit im Osten, dies sogar noch nach der „Wiedervereinigung“. Trotzdem ist eine kleine Gruppe von Mandel-Unterstützern zustande gekommen, die „Gruppe Revolutionäre SozialistInnen“ (GRS). Der Grund für dieses organisatorische Durcheinander liegt in der Nachtrabpolitik, die den Kern des Mandelianertums ausmacht, und die allgemeine Tendenz ist in West- und Ostdeutschland unterschiedlich gewesen. Dagegen ist die SpAD mit *einer* Organisation für die unabhängigen Klasseninteressen des Proletariats eingetreten, die in Ost und West die gleichen sind.

Kürzlich bildete die GRS zusammen mit einigen westdeutschen VSplern zuerst eine „Arbeitsgemeinschaft“, jetzt die „Gruppe Avanti“, um sich offen als VS-Gruppe zu bekennen. Jetzt sehen sie sich imstande, ihre eigenen Farben offen zu zeigen. Aber was sind diese Farben – das kommunistische Rot, oder das nationalistische Schwarz-Rot-Gold? Die gleiche „Internationale“, die „Jein“ zur deutschen Wiedervereinigung gesagt hat, ist im August letzten Jahres auf die Jelzin-Barrikaden geklettert, zusammen mit den Kräften des Kapitalismus (in diesem Fall mit der blau-weiß-roten Fahne des zaristischen Rußland). Dagegen riefen wir auf, den konterrevolutionären Dreck wegzuräumen. Und in Deutschland hat *Avanti* kürzlich Artikel geschrieben, die abstritten, daß es ein Viertes Reich des deutschen Imperialismus gibt, und die für die Einführung eines „besseren Kapitalismus“ in Ostdeutschland sind!

Avanti kritisiert die Nachtrabpolitik des VS, das die DDR-Nationalisten der Vereinigten Linken hofieren wollte als „völlig unkritische Unterstützung des linken Flügels der Bürgerbewegung“ („Eine vorläufige Bilanz unserer Arbeit“, Nr. 1/92). Sie vermeiden es aber, die Verantwortung der VS-Führung für „stillschweigendes ad-acta-Legen der revolutionären Perspektive“ zu benennen. *Avanti* sah unsere entschlossene Opposition zum Anschluß als „linken‘ Popanz“ und versuchte vergebens, die Vereinigte Linke „nach links zu drängen“. Wir Spartakisten boten der Vereinigten Linken Anfang 1990 bei den Volkskammerwahlen ein Abkommen an, auf der Grundlage eines klaren „Nein“ zur kapitalistischen Wiedervereinigung zur gegenseitigen Stimmabgabe aufzurufen. Doch die VL weigerte sich, mit uns zu diskutieren, solange wir uns nicht von der antifaschistischen Treptower Massendemonstration lossagten.

Nun haben sie Gysis/Diestels „Ostbewegung“ entdeckt. Obwohl *Avanti* gelegentlich Lippendienste für die Idee des gemeinsamen Klassenkampfes leistet, schwärmt Björn Krüger (Nr. 9/92) für die „moralisch-verbal[e]“ Unterstützung der Arbeiter als einer „Kraft, die zumindest in Kommunalparlamenten verankert ist“. Ein Musterbeispiel von (kommunal)parlamentarischem Kretinismus! Krügers „Kraft“ (die Gysel-Komitees) soll angeblich „eine enorme Wirkung auf das Selbstbewußtsein von Ostdeutschen haben“. Wirklich? O-Ton Krüger: „Dennoch ist das Ziel der Komitees nicht die Überwindung der bundesdeutschen Gesellschafts-

form, sondern im Gegenteil ihre Einführung: die Komitees sind eine Bewegung von Anschlußopfern für einen besseren Kapitalismus in Ostdeutschland“.

Also, ist die heutige Aufgabe, wie Krüger sagt, der Kampf für den „Aufbau eines entwickelten Kapitalismus in Ostdeutschland“? Krüger predigt Resignation: „Unter den gegebenen beschissenen Voraussetzungen kann es allerdings auch gar nicht anders sein.“ Sogar manche Menschewiki würden sich schämen, so eine dürftige „Etappentheorie“ anzubieten – und noch dazu für das hochentwickelte imperialistische Deutschland! Rundumschlag gegen die sozialen Errungenschaften der ostdeutschen Arbeiter, gegen die Sozialleistungen für die westdeutschen Arbeiter und mörderischer Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge, das ist der moderne Kapitalismus des Vierten Reichs!

Dieser Zynismus paßt zu Mandels Kumpanei mit André Brie, dem ausgesprochenen Verfechter der Überlegenheit des Kapitalismus gegenüber der UdSSR und DDR. Und immerhin sitzt Mandels alter Parteifreund Moneta auch im PDS-Vorstand und kümmert sich um den Aufbau der Ost-Betriebsräte, den direkten Organen der Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie. Die Auffassung, daß der Kapitalismus überlegen war, war weitverbreitet unter denjenigen Ostdeutschen, die der DM-Vergiftung zum Opfer fielen, nur um später zur bitteren Realität aufzuwachen. Wir sagten die Wahrheit, die Mandelianer trabten den Illusionen hinterher.

Wie wir gewarnt haben, sind die Komitees von vornherein *gegen den Kampf für die Rechte der Immigranten und Frauen gerichtet* (siehe „Heimatbund der Wiedervereiniger“, *Spartakist* Nr. 96). Das ist die Vorbedingung für diese Allianz von Gysi/Diestel, die beide die kapitalistische Wiedervereinigung mit vorangetrieben haben. Der *Avanti*-Artikel aber lobt die „enorme Wirkung auf das Selbstbewußtsein von Ostdeutschen“, obwohl er „Infusionen aus rechten Kreisen“ nicht ausschließen will. Doch er versichert uns gleich: Die PDS-Beteiligung steht dagegen. Die PDS aber ruft nach mehr Bullen und zeigt „Verständnis“ für den rassistischen Beifall von Rostock!

Die „Ostbewegung“ ist nichts anderes als eine *Volksfront*, ein Bündnis mit der Bourgeoisie, das die Interessen der Arbeiter den Interessen der Kapitalisten unterordnet. Wahrscheinlich antwortet Krüger auf unsere unversöhnliche Opposition zu solcher Klassenkollaboration, wenn er schreibt: „Bislang ist keine Fraktion der Bourgeoisie auszumachen, die eine solche Protestbewegung sponsoren will und damit auch kanalisieren könnte.“

Wie tief können die Verfälscher des Trotzismus noch sinken? Am Beispiel Spaniens schrieb Trotzki 1937 in den „Spanischen Lehren“: „Politisch am erstaunlichsten ist die Tatsache, daß es in der spanischen Volksfront im Grunde nicht einmal ein Parallelogramm der Kräfte gab: an der Stelle der Bourgeoisie stand ihr Schatten.“ Die Bourgeoisie setzte auf Franco; ließ sich aber gleichzeitig vertreten durch ein Häuflein Politiker in der Volksfront, deren Rolle war, „die sozialistische Bewegung der Massen auf dem ‚republikanischen‘ Gebiet zu paralysieren, zu zersetzen und dann auch abzuwürgen“, wie Trotzki schrieb.

Im *Spartakist* Nr. 96 sagten wir: „Gysi braucht die Volksfront selbst mit dem ostdeutschen Schatten der Bourgeoisie, um zu verhindern, daß die Zehntausenden, die sich als Sozialisten verstehen und noch auf die PDS schauen, bei einer Zuspitzung des Klassenkampfes auf die Alternative einer revolutionären Arbeiterpartei stoßen.“ Dabei möchte die

Avanti Juli/August 1992

„Kein 4. Reich“ - nationaler oder kollektiver Imperialismus

Ein Hurrapatriotismus wie in Britannien im Malvinenkrieg oder den USA im Golfkrieg ist hierzulande genau so undenkbar wie ein Chauvinismus wie in Rußland, Serbien oder Kroatien. Es gibt längst ein anderes Deutschland, das seit 1945 zum Land der Friedensbewegungen geworden - von „ohne uns“ (1951/



Karl Kautskys „Theorie des Ultraimperialismus“ ist „eine höchst reaktionäre Verströung der Massen auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus“, wie Lenin 1916 sagte. Jetzt predigt H.-J. Schulz die Friedlichkeit des deutschen Imperialismus, leugnet die Existenz des Vierten Reichs

BPK

Gruppe Avanti Helfershelfer werden. Die Unterstützung der Volkfront ist ein Brandmal des VS, von Allendes Chile über Mitterrands Frankreich bis zur „Ostbewegung“. Wie Trotzki im *Übergangsprogramm* sagte: „Die ‚Volksfronten‘ auf der einen Seite – der Faschismus auf der anderen: dies sind die letzten politischen Hilfsmittel des Imperialismus...“

Viertes Reich: Bekämpfen oder beschönigen?

Krügers Etappentheorie ist nur ein dramatischer Ausdruck der Kapitulation vor dem „Tod des Kommunismus“. Wenn man an die „Überlegenheit“ des Kapitalismus glaubt, dann verneint man die üble Realität des wiedervereinigten Deutschlands. So schreibt Alt-Pabloist Hans-Jürgen Schulz in *Avanti* Nr. 7–8/92, daß es „Kein 4. Reich“ gibt – er verneint die Dominanz Deutschlands über Europa und die zwischenimperialistischen Rivalitäten überhaupt. Seine Brille ist so rosa, daß ein Artikel von Max Brym in *Avanti* Nr. 9/92 („Der Hauptfeind steht im eigenen Land“) gegen diese „gefährlichen Schlußfolgerungen“ polemisiert.

Die Polemik von H.-J. Schulz richtet sich gegen die Spartakist-Arbeiterpartei, denn wir sind diejenigen, die vom Vierten Reich sprechen. Sein Gerede über einen „kollektiven Imperialismus“ impliziert nicht nur die fortdauernde US-Vorherrschaft (er ist wahrscheinlich der einzige, der an eine Neue Weltordnung glaubt), es ist geradezu ein Abklatsch von Kautskys „Ultraimperialismus“. Und genau wie Kautsky, dessen „Theorie“ dazu diente, eine „Friedens“politik zu rechtfertigen, die nicht den kapitalistischen Imperialismus stürzen wollte, rechtfertigt Krüger die Unterstützung der Ostkomitee-Volkfront heute. Wir dagegen ziehen die Klassenlinie, damals und heute.

Gegen Schulz' Behauptung, daß Westdeutschland „seit 1945 zum Land der Friedensbewegungen geworden“ sei, beschreibt Brym die intakte Übernahme des Nazi-Apparats in der BRD. Und er fügt hinzu: „Trotz Friedensbewegung war es möglich, die DDR zu annektieren“. Als Grund dafür nennt er, „daß alle ‚Ohne-Mich‘- und Friedensbewegungen nicht vermochten, Klassenbewußtsein zu entwickeln und entscheidende Teile des Proletariats vom Einfluß der Gewerkschaftsbürokratie bzw. Sozialdemokratie zu lösen“. Starker Tobak für einen Pabloisten, aber Brym kann nur bis zu einem bestimmten Punkt gehen, ohne Gefahr zu laufen, als „Sektierer“ oder gar „Spartakist“ abgestempelt zu werden.

Wen oder was wollte Brym denn „radikalisieren“ –

EKD, General Bastian und Eppler? Die SPD-geführte „Friedens“bewegung in den 80er Jahren war die Speerspitze des aufsteigenden deutschen Nationalismus in „linker“ Färbung, eine ihrer Losungen war die Entwaffnung von DDR und Sowjetunion. Die Sozialdemokratie hielt die Zügel der „Friedens“bewegung fest in der Hand – und die *Mandelianer*, damals in der GIM, haben sich der SPD unterworfen. Von der damaligen „BRD-raus-aus-der-NATO“-Position der GIM bis zu VSP-Guru Winfried Wolfs „Kein deutsches Blut für Öl“ läuft der Faden einer ununterbrochenen Kapitulation vor deutschem Nationalismus. Wir Spartakisten intervenierten in die „Friedens“bewegung mit der Losung: „Verteidigt die Sowjetunion! Nieder mit der NATO!“

Natürlich haßten die H.-J. Schulze und Winfried Wolfs unsere Verteidigung der UdSSR und der DDR wie die Pest, denn sie unterstützten fleißig Eppelmanns „Friedens“bewegung in der DDR. Die DDR wurde nicht „trotz Friedensbewegung“ annektiert, wie Brym behauptet; dieselbe SPD-Führung war die Speerspitze der Konterrevolution in der DDR. Genosse Brym muß sich zuerst konkret mit dem Versagen seiner eigenen Organisation auseinandersetzen!

Er würde dann auf den Pabloismus stoßen. Vor vierzig Jahren wurde Ernest Mandel ein Wortführer der revisionistischen Strömung unter der Führung von Michel Pablo, die die Notwendigkeit einer trotzkistischen Partei als revolutionärer Führung leugneten. Danach entdeckten die Anhänger von Pablo/Mandel unzählige „Ersatz“bewegungen für Trotzkismus in einer Reihe von kleinbürgerlichen Kräften, jede getragen von einer „revolutionären Dynamik“. Diese Nachtrabpolitik führt zum antisowjetischen Kurs, von der Unterstützung der polnischen Solidarność, der faschistischen estnischen „Waldbrüder“ bis zu den Erbschleppern der kroatischen Ustascha und Jelzins Konterrevolution.

Wie wir in „Ernest Mandel vs. revolutionäre Führung“ (*Spartakist-Sonderdruck*, 20. Juli 1991) schrieben:

„Als Trotzkisten wollen wir eine Weltpartei des revolutionären Kampfes aufbauen, einen entscheidenden Faktor dafür, den Ausgang der Geschichte zu bestimmen... In Trotzki's Werk, wie in Lenins, werdet ihr keine Spur von der ‚Methode‘ des VS finden, den Illusionen des Augenblicks nachzugeben, sondern vielmehr das Bemühen, die wirklichen Interessen des internationalen Proletariats und der unterdrückten Massen zu erkennen und im Kampf zu verkörpern“ ■

Allparteien-Koalition...

Fortsetzung von Seite 5

Asylrechts. Als elementarer Ausdruck von demokratischer Gleichheit kämpfen wir für *volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten*, unabhängig davon, wie sie hierher gekommen sind. Die Forderung nach „Bleiberecht“, wie sie von einigen gutmeinenden Liberalen und Antifas aufgestellt wird, ist ein Zweite-Klasse-Recht, eine höfliche Form der Ausgrenzung von „Ausländern“ vom „Bürger“ und „dem Volk“.

Das Nazi-Pogrom in Rostock hat die deutsche Gesellschaft polarisiert, und diese Polarisierung erstreckt sich bis auf PDS und SPD. Die Petersberger Beschlüsse zum Abbau des Asylrechts und für „Blauhelm“-Einsätze der Bundeswehr haben eine Revolte an der SPD-Basis von München bis Hannover ausgelöst. In Hannover am 7. September besetzten 30 Jusos das Präsidium mit der Losung „Rassismus auf Raten – Sozialdemokraten?“ In der SPD spricht man von der „größten Austrittswelle seit dem NATO-Doppelbeschluss“ (*taz*, 14. September). Aber sich *nur* auf die Erhaltung des Artikels 16 des Grundgesetzes zu stützen, heißt *den rassistischen Status quo zu unterstützen* – mit oder ohne Artikel 16 ist die SPD der Verfechter von „beschleunigten Asylverfahren“ und KZ-Sammellagern, während Grüne für Abschiebung nach Quoten sind. Besonders sozialdemokratische Jugendliche, die gegen den Rassismus kämpfen wollen, müssen sich mit einer *revolutionären Perspektive* auseinandersetzen, denn es gibt keinen anderen Weg im Kampf gegen Rassismus und Nazi-Terror.

Die PDS ist vorneweg bei denen, die stärkere Maßnahmen des Staats fordern und an die gleichen Bullen appellieren, die zuschauten, als Skinheads in Eberswalde den angolanischen Arbeiter Amadeu Antonio zu Tode prügeln und später die Teilnehmer eines Gedächtnismarschs für ihn zusammenschlugen. Nach der Schändung der Jüdischen Gedenkstätte in Sachsenhausen forderte die Brandenburger PDS „angemessene Reaktionen des Staates“, unterstützt von allen Parteien von CDU bis SPD. Die maoistische MLPD fordert „Verbot aller faschistischen Organisationen“, was immer gegen die Linke benutzt wird.

Nach Rostock buhlte die PDS um „Verständnis“ für die Rassisten. Jetzt gibt es einen rassistischen Flügel, geführt von Mitgliedern aus der Karl-Marx-Allee in Berlin, der eine heiße Debatte im *Neuen Deutschland* entfacht hat. Laut *Disput* waren bei einer Umfrage „63 Prozent der PDS-Mitglieder für eine Quotierung des Ausländerzuzugs nach Deutschland, 21 Prozent plädieren für radikalen Zuzugstopp“. Die Prozentzahlen in der SPD dürften nicht sehr viel anders aussehen.

Offiziell hält die PDS ihre Forderung für „offene Grenzen sofort und für alle“ aufrecht. Doch solange der Imperialismus auf diesem Planeten weiter existiert, wird dies ein frommer Wunsch, oder besser gesagt, eine reaktionäre Utopie bleiben. Doch der aggressive, zerstörerische Charakter des kapitalistischen Imperialismus beruht auf dem historischen Umstand, daß die Erfordernisse des *Weltmarktes* die Schranken dieser nationalen Grenzen *längst* gesprengt haben. Die Abschaffung der Grenzen zwischen Nationalstaaten ist unlöslich verbunden mit dem *Aufbau des Sozialismus auf internationaler Ebene*.

Als Teil unseres Kampfes gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, von Rostock bis Moskau, haben Spartakisten für die Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung von Immigranten gekämpft. Schon Anfang 1990 hat die Modrow-Regierung mit einem chauvinistischen Einkaufsverbot gegen polnische Bürger und sowjetische Soldaten vor dem Ansturm des westdeutschen Imperialismus für Wiedervereinigung kapituliert. Auf die massive ökonomische Destabilisierungskampagne antworteten Modrow &

Co. mit einer rassistischen Kampagne gegen Immigranten.

Die machtvolle Einheitsfrontaktion von 250 000 Werktätigen gegen die Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Berlin-Treptow im Januar 1990, die von den Spartakisten initiiert und von der SED/PDS aufgegriffen wurde, zeigte die Macht des trotzkistischen Programms, die soziale Macht zu mobilisieren, die notwendig ist, um die Faschisten zu schlagen. Die SED/PDS-Führung sah in dieser machtvollen prosovjatischen Demonstration in Verteidigung der DDR das Gespenst des Bürgerkriegs und ging vor den Imperialisten in die Knie.

SPD/DGB-Bürokratie will Arbeiter mit Sozialpakt knebeln

Die SPD-geführte Bürokratie und die Bourgeoisie sind erschrocken über die soziale Macht, die der ÖTV-Streik entfesselt hat. Sie wissen nur allzu genau, daß alle großen Parteien bei der Bevölkerung allgemein diskreditiert sind, ganz besonders bei den Arbeitern, während scharfe Austeritätspläne und „Sozialabbau“ angedroht werden, um den *Drang nach Osten* der Imperialisten zu finanzieren. *Genau deshalb brach die „Sozialpartnerschaft“ als erstes zusammen*. Die SPD möchte den „sozialen Konsens“ wiederherstellen, auf Basis von Lohnraub und Kahlschlag.

Die Regierung ist zerstritten und verhaßt. Darauf reagiert die SPD mit noch mehr Zugeständnissen an die CDU, um diese Teilung zu überwinden – was jetzt ihre Basis auf die Palme bringt. Hinter dieser Polarisierung steckt die einfache Tatsache, daß die SPD eine *bürgerliche Arbeiterpartei* bleibt, deren soziales Gewicht abhängt von ihrer Kontrolle über die Gewerkschaften. Immigranten sind nicht einfach Opfer, sie sind ein strategischer Bestandteil des Industrieproletariats und ein entscheidender Faktor, zusammen mit den ostdeutschen Arbeitern, um den Würgegriff der SPD zu brechen: Genau deshalb verteidigt sich die Arbeiterklasse selbst, indem sie die Immigranten verteidigt.

Gerade erst haben die Metaller aus Sachsen und Bayern erneut das enorme Potential der Klassenmobilisierung gezeigt, die den Dresdner Flughafen besetzten, um die Schließung des Edelstahlwerks Freital zu verhindern. Sogar eine solche *symbolische* Aktion von drei Stunden reichte, damit sich die Politiker der Bosse vor die Fernsehkameras stürzten mit Versprechungen über gerettete Arbeitsplätze. Diese Macht muß vom lähmenden Reformismus und vom nationalistischen Gift der SPD und ihrer PDS-Trabanten gebrochen werden, indem die Werktätigen und ihre Verbündeten zu einer internationalistischen revolutionären Perspektive gewonnen werden, die ihre Nöte und Aufgaben verbindet mit dem Kampf der Arbeiterklasse für politische Macht. Dafür brauchen wir eine trotzkistische Partei, wie die SpAD sie aufbauen will.

Jetzt ruft die Große Koalition gegen Flüchtlinge nach schärferen Polizeimaßnahmen, spricht mehr V-Männern, staatlich-sanktioniertem Terror und erweiterten Einsatzkommandos im Stil der GSG-9, sowie zu Massenverhaftungen durch sogenannte „Vorbeugehaft“. Gegen antifaschistische Demonstranten werden wie in Rostock gigantische Bürgerkriegsmanöver durchgezogen. Gleichzeitig versuchen sie, das Dritte Reich zu glorifizieren, indem sie die V2 in Peenemünde „feiern“. Unter der Losung „Vernichtung durch Arbeit“ starben über 20 000 Zwangsarbeiter aus den KZs für den Bau von Hitlers „Vergeltungs“waffe.

Das Vierte Reich des deutschen Imperialismus bedeutet Rassismus, Elend und Massenarbeitslosigkeit. Es ist dringend notwendig, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die die Werktätigen von den sozialdemokratischen Irreführern brechen kann im Kampf für eine Arbeiterregierung, die das Kapital enteignet und die Produktionsmittel in die Hände derjenigen legt, die den Reichtum produzieren. ■

Aids...

Fortsetzung von Seite 8

Wieviele Länder der Dritten Welt haben den HIV-Virus mit dem CNTS-Etikett angeboten bekommen?

Das Verbrechen gegen Blutempfänger und Bluter hat berechtigterweise in Frankreich und international Abscheu und Empörung hervorgerufen. Aber sind sie nicht nur für die „saubere“ öffentliche Meinung die *unschuldigen Opfer*? Nur wenige Stimmen erhoben sich gegen das offensichtliche Versagen der Regierung gegenüber der Plage, die Aids darstellt. Frankreich ist im Westen von der Verbreitung des Virus am zweitstärksten erfaßt. Diese Tatsache ist seit mehreren Jahren bekannt – aber geht es hierbei nicht für dieselbe „saubere“ öffentliche Meinung um Schwule, Drogenabhängige, Prostituierte und Personen, deren Sexualität nicht auf Monogamie und das Treueversprechen von legitimen Ehepaaren begrenzt ist?

Also, anstatt ein riesiges Forschungsprogramm in Gang zu bringen, das auf internationaler Ebene koordiniert würde (ein solches wissenschaftliches Problem kann man nicht in einem Land lösen), anstatt eine systematische Politik zu verfolgen, um Aids einzudämmen, haben die Mitterrand-Regierungen lieber wiederholt: Beruhigen Sie sich doch, wir kümmern uns um Sie – mit einem Ergebnis, das wir bei den Blutern kennen. Jahr für Jahr verschiebt die Regierung Informationskampagnen für Jugendliche. Letzten Mai widerrief Bérégovoy, der neugebackene Premierminister, eine an Jugendliche gerichtete Kampagne zur Benutzung von Kondomen, um die erreaktionäre französische Kirche nicht zu ärgern. Als Beweis einer fehlenden Finanzierung greift man auf milde Gaben der Öffentlichkeit zurück und organisiert am 30. April eine Fernsehsendung „Notfall Aids“. Gleichzeitig werden im Namen von Rentabilität und Sparpolitik die Mittel für Forschung regelmäßig gekürzt, die Sozialversicherung soll regelmäßig abgebaut werden.

Mitterrands Verbrechen: von Vichy bis zum verseuchten Blut

Alles deutet darauf hin, daß ein wichtiger Teil der Bourgeoisie in diesem Land denkt, daß Schwule, Drogenabhängige und andere „Abtrünnige“ (ohne die Bluter zu nennen) „minderwertig“ in einer Gesellschaft seien, wo soziale Bedürfnisse nach der Elle des Profits und der „Konkurrenzfähigkeit“ gemessen werden. Hinter den vier, die die Bourgeoisie fallenließ und die nun von der „Justiz“ gerichtet wurden, steht ein ganzer Staatsapparat. Dies ist derselbe Staat, an dessen Spitze der sehr katholische und sehr reaktionäre Pétain (der Schlächter des Ersten Weltkrieges) stand, der sich 1940–1944 40 000 psychisch Kranker dadurch „entledigte“, daß man sie an Hunger und Kälte in psychiatrischen „Heilanstalten“ sterben ließ. In einer „Heilanstalt“ in Lyon unter der direkten Verwaltung von Vichy zählt man 1940–1944 2000 Hungertote bei 2890 Insassen, obwohl diese Anstalt das größte landwirtschaftliche Gut Frankreichs verwaltete, deren Produkte für den kapitalistischen Markt vorgesehen waren (siehe *le Monde* vom 10. Juni 1987). Soweit uns bekannt ist, wurde keiner der Verantwortlichen für dieses Verbrechen je gerichtet. In Nazi-Deutschland waren es 200 000 „Minderwertige“ aus psychiatrischen „Heilanstalten“, die systematisch u. a. durch Vergasung ausgerottet wurden. Finstere Ironie ist es, daß ein Frankfurter Gericht 1987 zwei „Ärzte“ deswegen verurteilt hat ... zu vier Jahren Gefängnis – so viel, wie Michel Garreta kriegern könnte.

Zur gleichen Zeit erfahren wir, daß Mitterrand an jedem 11. November einen Blumenstrauß auf das Grab von Pétain niederlegen läßt. Überraschend? Kaum – war nicht derselbe Mitterrand Ende der 30er Jahre Mitglied von Action françai-

se, einer faschistischen monarchistischen Liga? Hat er nicht für eine antisemitische Publikation namens *France, revue de l'Etat nouveau* [Frankreich, Zeitung des neuen Staates] geschrieben? Hat Pétain ihm nicht den Orden „Francisque“ verliehen? Diese „Ehre“ war für 2500 treue Staatsdiener vorbehalten. Ist er nicht nach dem Krieg bei L'Oréal eingetreten, einer als Zuflucht für Kollaborateure bekannten Firma? Es gibt eine Kontinuität unter dem politischen Personal der Bourgeoisie. So durfte ein Mitterrand innerhalb seiner Karriere unter Pétain das Amt eines Beauftragten für Information beim Generalkommissariat für Kriegsgefangene einnehmen (wir wissen, wie wichtig die Kriegsgefangenen in der Propaganda von Vichy waren), im August 1944 übernahm er in der Regierung De Gaulle – der Kontinuität verpflichtet – den Posten des Generalsekretärs für Kriegsgefangene, er ist mehrmals Minister in der Vierten Republik geworden (insbesondere Innenminister und dann während des schmutzigen Algerienkrieges „Justiz“minister) und wurde schließlich von der Fünften Republik gekrönt. Als Trotzkisten haben wir nie die stalinistische Kategorie von „Sozialfaschisten“ akzeptiert (die gegen die Sozialdemokraten in den 30er Jahren gerichtet war und die Weigerung rechtfertigte, antifaschistische Einheitsfronten zu organisieren) – aber wenn es eine solche Kategorie doch gäbe, wäre Mitterrand ein Prachtexemplar davon.

Wir haben kein Vertrauen in eine „Justiz“, die Kriegsverbrecher wie Papon, Bousquet oder Touvier amnestiert oder versucht, mit allen Mitteln im Namen des „sozialen Friedens“ ihren Prozeß zu vermeiden. Wir wissen, daß dieser rassistische bürgerliche Staat – der auf seine „Untertanen“ wenig Wert legt und dessen Kontinuität zurückgeht auf die Schlächter der Pariser Kommune 1871; auf die Schlächter von imperialistischen Kriegen, die Juden dieses Landes freiwillig an die Nazi-Gaskammern auslieferten; auf die Mörder der Kolonialkriege; auf die Henker, die Hunderte von Algeriern in den Straßen von Paris im Oktober 1961 ermordeten – daß dieser Staat zerstört und durch eine Arbeiterregierung ersetzt werden muß. Diese allein wird die unzähligen Opfer der unersättlichen Gier des Kapitals rächen. ■

SpAD-Schulungsreihe

Berlin

Linkstreiff, Weddingstr. 6
1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)

Staat und Revolution

Mittwoch, 21. Oktober, 18.30 Uhr

1917 – Lehren der Oktoberrevolution

Mittwoch, 11. November, 18.30 Uhr

Halle

Jägerplatz 14, Erster Stock
4020 Halle

Staat und Revolution

Mittwoch, 11. November, 18.00 Uhr

Wir sind die Partei der Russischen Revolution!

Mittwoch, 25. November, 18.00 Uhr

Hamburg

Ort auf Anfrage: Telefon (0 40) 32 36 44

Staat und Revolution

Sonnabend, 14. November, 15.00 Uhr

Hohenschönhausen...

Fortsetzung von Seite 4

Etwa nach dem Muster von Eisenhüttenstadt, wo der BGS die Flüchtlinge vor der ZAST systematisch abfängt und brutal zusammenschlägt, um sie dann abzuschleppen? Gysi behauptet, daß seine Partei als einzige im Bundestag gegen die Abschaffung des Asylrechts auftritt, doch mit der Forderung nach „mehr Polizei“ hängt sie sich direkt an die rassistische Bonner Allparteienkoalition an, die den Nazi-Terror schürt. So war der ehemalige Berliner Polizeichef Schertz ein besonderer Liebling der PDS, weil er die eingewanderten Hütchenspieler in der ganzen Stadt hetzte.

In Hohenschönhausen wehrten sich die PDSler dagegen, daß ihre eigene Parteiführung ihren Stadtteil „als ‚gefährlichen‘ Bezirk einstuft“ (ND, 30. September) und deshalb gegen eine Verlegung der ZAST war. Gysi/Brie haben wohl zu sehr dem SPD-Vize Thierse auf den Mund geschaut, der einen Flüchtlingsstopp für die Ex-DDR fordert. Welch ein Hohn für die Tausenden Antifaschisten! Es ist schon grotesk, daß unter dem Stichwort „Schutz der Ausländer“ gerade die Immigranten aus einem Bezirk ferngehalten werden sollen, wo die PDS prominent im Bezirksparlament sitzt.

Doch die Bezirksabgeordneten der PDS bieten keine

Alternative. Sie forderten seit Anfang September die rassistischen „Brandstifter“ des Senats auf, Einwohnerversammlungen durchzuführen, damit die Hohenschönhausener Bevölkerung zuerst auf die Flüchtlinge „vorbereitet“ werde! Die ganze Welt konnte zusehen, als die rassistische Allparteienvolksfront diese „Vorbereitung“ zuletzt in Rostock-Lichtenhagen vorexerzierte.

Viele PDSler unterstützen Gysis ekelhaften Ruf nach mehr Polizei, weil sie kein Vertrauen in die Arbeiterklasse haben. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung, der Gysi und Modrow zustimmten, sind im Arbeiterbezirk Hohenschönhausen Großbetriebe wie Stern-Radio kaputtgeschlagen und viele eingewanderte Arbeiter abgeschoben worden. Doch wie ein SpAD-Genosse auf der PDS-Versammlung am 2. Oktober in Hohenschönhausen sagte: „Erinnert euch an den ÖTV-Streik im letzten Frühjahr, den die BVG-Arbeiter im Nachbarbezirk Lichtenberg gegen den Willen der SPD-Bürokraten in den Osten ausweiteten. Dieser Streik zeigte die Kraft, die Pogrome und rassistischen Terror stoppen kann. Sie muß zur Verteidigung der Immigranten mobilisiert werden. Die PDS-Mitglieder, die gegen die Nazis kämpfen wollen, dürfen nicht den Faschisten in die Hände spielen, sondern müssen mithelfen, die konkrete Verteidigung der eingewanderten Arbeiter zu organisieren!“ ■

Klaus Croissant...

Fortsetzung von Seite 6

Feldzug, um den Kommunismus zu verteufeln und die Werktätigen in Ost und West einzuschüchtern. Die SPD war das Trojanische Pferd der Konterrevolution in der DDR und verfolgt alle, die in der DDR das „bessere Deutschland“ sahen. Croissant kann seine Verhaftung „nur als späte Revanche für die scharfen öffentlichen Angriffe ansehen, die ich als Verteidiger von Gefangenen aus der RAF gegen die bundesdeutsche Justiz erhoben habe“.

Diese Hexenjagd geht einher mit der Einschränkung von demokratischen Rechten und mit Forderungen nach massivem Ausbau von Sondervollmachten für Polizei und Gerichte. Der Ruf „Gegen Gewalt“ richtet sich immer gegen die Linke, und wer wäre ein besserer Zeitzeuge als Croissant, wenn es darum geht, wie der Kampf gegen „Terrorismus“ benutzt wurde zu immer frecher auftretendem Staatsterrorismus gegen Linke, Arbeiter und Verteidiger demokratischer Rechte. Der obszöne Paragraph 129a wird vor allem gegen antifaschistische Demonstranten und Immigranten benutzt. Jetzt soll ein Prozeß gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK in Stammheim eröffnet werden. Wie bei den Massenaktionen von DGB und Studenten 1968 gegen die Notstandsgesetze muß die Arbeiterbewegung gegen den Paragraphen 129a mobil machen. Weg mit Paragraph 129a!

Wir Spartakisten, die ohne Wenn und Aber gegen die kapitalistische Wiedervereinigung kämpften, sagten, daß die Bourgeoisie von Auschwitz alles vernichten will, was an den Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime erinnert. Ein Schauspiel von Prozeßfolter und Schauprozessen überzieht deshalb ganz Deutschland: vom antifaschistischen Helden Gerhard Bögelein, der in Hamburg zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, weil er sich im Krieg zur Roten Armee durchgeschlagen hatte und nach 1945 einem berüchtigten Nazi-Blutrichter den Garaus gemacht haben soll, über ehemalige DDR-Spitzen wie den Meisterspion Markus Wolf bis zu den Grenzschützern. Der Glaskäfig, in dem Erich Mielke sitzen muß bei dem Prozeß, der aufgrund von Nazi-Anklagen gegen ihn geführt wird, wurde direkt den berüchtigten Terrorprozessen gegen Baader-Meinhof abgesehen. Freiheit für Erich Mielke, Erich Honecker und Heinz Keßler! Hände weg von Markus Wolf!

Zeitgleich mit der Verhaftung von Croissant begann ein neuer monströser Prozeß im SPD-gebauten Stammheim-Knast gegen Unterstützer der RAF, diesmal gegen Peter-Jürgen Boock und Christian Klar (beide bereits zu lebenslanger Haft verurteilt, Klar erhielt sogar fünfmal lebenslänglich!). Die sogenannte Kinkel-Initiative, nach der angeblich mit den Gefangenen der RAF humaner umgegangen werden soll, hat das wahre Gesicht der deutschen Bourgeoisie nicht verhüllen können. Bis heute ist keine Isolationsfolter gegen die Gefangenen abgeschafft und nicht einmal ihre minimale Forderung nach „Zusammenlegung der Gefangenen“ erfüllt worden. Weder der Tod der Führung der RAF vor mehr als 15 Jahren noch ihr Auflösungsdokument 1992 stillte den Blutdurst der Hexenjäger.

Klaus Croissant ist wie sein Freund Till Meyer, der sich auch nicht von seiner Position für die DDR distanzieren wollte, Mitglied der PDS Kreuzberg. Zu ihren Gunsten muß gesagt werden, daß die PDS Kreuzberg wenigstens die sofortige Freilassung von Croissant fordert, obwohl sie obszönerweise den BND-Geheimdienst des kapitalistischen Westdeutschland gleichsetzt mit der Stasi des (wenn auch deformierten) Arbeiterstaates DDR. Eilfertig erklärte die Fraktionsvorsitzende der PDS im Berliner Abgeordnetenhaus Gesine Löttsch, daß „die Kreuzberger PDS-Gruppierung untypisch für die Gesamt-PDS“ sei. Allerdings, typisch für die PDS ist, daß sie mit der Modrow-Regierung die DDR an die Bourgeoisie verschenkte und ihr Parteivermögen der Treuhänder aushändigte und ihre Finanzverantwortlichen der kapitalistischen Polizei und den SPD-Inquisitoren übergab. 1977 schrieben wir bereits unter der Überschrift „Schluß mit der ‚Terroristen‘-Hatz! Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd!“ (*Kommunistische Korrespondenz* Nr. 20, November 1977, Vorläuferzeitung des *Spartakist*), daß wir nicht von unserer Position abweichen,

„die RAF gegenüber dem Wüten der bürgerlichen Repression zu verteidigen. Während wir den individuellen Terror als die Strategie der politischen Verzweiflung, die sie ist, entschieden ablehnen und als eine der mannigfachen, aus der internationalen Führungskrise des Proletariats herrührenden Manifestationen kleinbürgerlicher Frustration bekämpfen, verteidigen wir die gesamte Linke gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates.“ ■

Roma und Sinti...

Fortsetzung von Seite 24

Wirtschaft der osteuropäischen Arbeiterstaaten zerstört, jetzt herrschen dort verzweifelte Armut, faschistischer Terror und blutige Pogrome. Der deutsche Kapitalismus schürt mit seinem Drang nach Osten nationalistische Blutbäder.

Das Gesicht einer deutsch-dominierten „Festung Europa“ à la Maastricht ist klar. Es heißt: die „Lösung“ des „Zigeunerproblems“, die staatliche Erfüllung der Rassistenforderung „Ausländer raus“, soll zuerst in Rumänien geschehen. Unter dem Vorwand, nach dem Zusammenbruch des Stalinismus im „demokratischen“ Rumänien würden sie nicht verfolgt, haben nur 0,2 Prozent hier Asyl erhalten. In Rumänien gab es 1991 20–25 blutige Pogrome gegen Roma, in denen ganze Dörfer niedergebrannt wurden. Geplant sind aber solche Abkommen auch mit anderen osteuropäischen Ländern wie Bulgarien und der Tschechoslowakei, wo die großen Roma-Minderheiten heute ebenfalls blutiger Verfolgung ausgesetzt sind.

Ungefähr zwei Millionen Roma leben heute in Rumänien. Im Dritten Reich wurden eine halbe Million Roma und Sinti – wenn sie nicht schon von den rumänischen, kroatischen, albanischen und ungarischen Faschisten umgebracht worden waren – in den Vernichtungslagern ermordet. Die Überlebenden haben keinen Pfennig Wiedergutmachung vom kapitalistischen Weststaat erhalten. Während alle auf dem Gebiet der DDR lebenden Roma und Sinti entschädigt wurden und die Staatsbürgerschaft erhielten, übernahm Bonn die berüchtigte „Zigeunerkartei“ der Nazis zur Überwachung der Roma und Sinti im Westen. Für sie

hat es nur rassistische polizeiliche Verfolgung und Deportation gegeben. Keine Summen werden die Millionen der Ermordeten wiederbringen oder die Qual wiedergutmachen, die die Nazi-Barbarei brachte. Aber wir fordern zumindest Entschädigung in Milliardenhöhe für die Opfer des Holocaust und ihre Familien.

Die SpAD und ihre westdeutsche Vorläuferorganisation, die Trotzlistische Liga Deutschlands, hat stets die Roma und Sinti verteidigt. Im Oktober 1989 besetzten Sinti und Roma aus Protest gegen Massenabschiebungen die KZ-Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg; SPD-Bürgermeister Voscherau machte Neuengamme durch Polizeigewalt „romafrei“. Wir protestierten gegen den Angriff als „eine Bedrohung für jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um die Abschiebung der Roma und Sinti zu stoppen!“

Die Roma sind der lebendige Beweis dafür, daß es für die Verdammten dieser Erde in dieser unterdrückerischen und ausbeuterischen Gesellschaftsordnung unmöglich ist, auch nur ein bißchen Menschenwürde zu gewinnen. In diesem System, das auf Kapitalismus und Nationalismus basiert, werden die Roma als Volk ohne Nationalstaat gezwungenermaßen Pogromen und Völkermord ausgesetzt. Eine sozialistische Revolution wird notwendig sein, um diesem Volk Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten! Verteidigt die Roma und Sinti! ■

Jelzins Bullen...

Fortsetzung von Seite 11

Claude McKay, ein auf Jamaika geborener Dichter, der beim Vierten Kongreß der Komintern (1922) in Moskau sprach, schrieb über den sagenhaften Empfang, den er als Schwarzer in Sowjet-Rußland bekam:

„Nie in meinem Leben fühlte ich mich stolzer darauf, ein Afrikaner, ein Schwarzer zu sein, darüber gibt es keinen Zweifel... Von Moskau nach Petrograd und von Petrograd nach Moskau ging ich triumphierend von Überraschung zu Überraschung, von einem außergewöhnlichen Fest zum andern... Ich war der erste Schwarze, der seit der Revolution in Rußland angekommen war, und vielleicht wurde ich ganz allgemein angesehen als ein Vorbote glücklicher Zeiten! Ja, genau das war es. Ich war wie eine schwarze Ikone.“ (*A Long Way From Home* [Ein langer Weg fort von zu Hause], 1970)

Trotz der Degeneration unter der Führung Stalins war die geplante kollektivisierte sowjetische Wirtschaft die Grundlage für eine Gesellschaft, in der Völker verschiedener Rassen und Nationalitäten in relativer Gleichheit lebten. 1935 schickte der berühmte amerikanische Sänger Paul Robeson seinen eigenen Sohn in die Sowjetunion, damit er eine Erziehung bekäme, wo „er nicht die Diskriminierung erleben muß, der sich sein Vater in den Vereinigten Staaten gegenüber sah“.

Die Bolschewiki sahen die Russische Revolution als ersten Schritt einer Weltrevolution. Sie setzten darauf, die proletarische Macht auf Deutschland und den Rest Europas und auch nach Osten auszuweiten. 1921 wurde in Moskau die kommunistische Universität für die Werktätigen des Ostens als Kadenschule für internationalistische Revolutionäre gegründet. In *Memoirs of a Chinese Revolutionary* [Memoiren eines chinesischen Revolutionärs] erinnert Wang Fan-hsi daran, daß nach der Niederlage der Chinesischen

Revolution 1927 – eine Niederlage, besiegelt durch Stalins Befehle, daß die chinesischen Kommunisten ihre Waffen vor der bürgerlich-nationalistischen Kuomintang niederlegten – viele junge Revolutionäre im Exil in Moskau sich in die Dokumente der Linken Opposition vertieften und ihren Weg als trotzlistische Kämpfer für authentischen Kommunismus fortsetzten.

Heute kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die Wiederschmiedung einer wirklichen leninistischen trotzlistischen Partei, um die Arbeiterklasse im Kampf für die politische Macht zum Sturz der konterrevolutionären Jelzin-Regierung anzuführen. Der erschreckende Mord an einem Genossen aus Zimbabwe an der Patrice-Lumumba-Universität ist ein weiteres bezeichnendes Beispiel dafür, was der Triumph der Konterrevolution mit sich bringen würde.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 588, 4. September

KONTAKTADRESSEN

| | |
|----------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------|
| Berlin | SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66 |
| Halle | SpAD, PSF 855 Halle 4002 Telefon: Halle 2 90 55 |
| Hamburg | SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44 |
| Leipzig | SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022 |

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

| | |
|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Berlin | Mittwochs von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz) |
|---------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------|

SPARTAKIST

Terror an der deutschen Grenze: BGS-Bullen jagen Roma-Familien. Viertes Reich schließt rassistischen Pakt, plant Massendeportationen zurück in die Hölle von Elend und grausamen Pogromen in Rumänien. Die Arbeiterbewegung muß Roma und Sinti verteidigen!



Die Zeit

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Verteidigt die Roma und Sinti!

Nachfolgend drucken wir eine Protesterklärung des Komitees für soziale Verteidigung vom 29. September ab.

Inmitten einer Welle blutiger Pogrome in Ost und West hat das wiedervereinigte deutsche Reich die Massenabschiebung von Zehntausenden aus Osteuropa geflüchteten Roma angekündigt. Am 24. September wurde ein Abkommen zwischen Bonn und Bukarest über die „Rücknahme“ von Flüchtlingen unterschrieben, mit oder ohne Identitätspapieren. Ab dem 1. November sollen die Roma, ein Volk ohne Land, die den größten Teil der rumänischen Flüchtlinge bilden, für die staatlich organisierte rassistische Menschenjagd freigegeben werden – zum Transport zurück in die Hölle von Elend und Pogromen. Damit erfüllen die Herrscher des Vierten Reichs die Forderung der Nazibanden, die in dem Rostocker Pogrom die Flüchtlinge, hauptsächlich Roma, tagelang terrorisierten und ihr Wohnheim in Brand steckten. Die Spartakist-Arbeiterpartei und das Komitee für soziale Verteidigung fordern: *Keine einzige Abschiebung! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Verteidigt die Roma und Sinti!*

Das rassistische Bukarester Abkommen ist Teil der Bestrebungen der Bourgeoisie von Auschwitz, ihre Macht wieder über ganz Europa auszuweiten. Letztes Jahr spielte das SPD-regierte Nordrhein-Westfalen den Vorreiter: Tausende von Roma wurden nach Skopje in Jugoslawien „zurückgeführt“. Jetzt soll Rumänien zu einem neuen „Protektorat“ von Bonn gemacht werden. Die Roma National Union berichtet über deutsche Kredite an Bukarest in Milli-

ardenhöhe, die als Blutgeld für das Abkommen bezahlt werden. Es gibt auch Vorschläge, deutsche Grenzpolizisten zu entsenden, die von innen die Grenzen Rumäniens „sichern“ und die Flucht vor dem Terror im Lande verhindern sollen. Offensichtlich entspricht dies Bonns Vorstellung über eine „Beseitigung der Fluchtursachen“, die eifrig auch von der SPD gefordert wird.

In der „Festung Deutschland“ stehen Roma heute im Mittelpunkt der rassistischen Hetze. Alle Parteien haben die rassistische Pogromstimmung in der obszönen Bundestagsdebatte über das Asylrecht mit angefacht. Die SPD-geführten Länder sind bei der Deportation von Roma in der ersten Reihe, Lafontaine ist dabei der Wortführer. Und die PDS führt in den Seiten von *Neues Deutschland* eine schmutzige Hetzkampagne und wirbt für das „Anliegen“ eines Lesers, der in einem Brief gegen Roma hetzt: „Von Ausländern verübte kriminelle Handlungen gießen weiteres Wasser auf die Mühlen.“

Im März hat Deutschland in der UN-Flüchtlingskommission allein gegen einen Antrag gestimmt, der ein Ende aller Formen von Diskriminierung gegen die Roma forderte, sowie Schutz und Sicherheit für Roma und Sinti verlangte, die sich *legal* auf dem Staatsgebiet aufhalten. Vor dem Zusammenbruch des Stalinismus zahlte Bonn ein hübsches Kopfgeld an Ceauşescu, um Rumänen „freizukaufen“ – solange es „Deutsche“ waren und sie für antikommunistische Propagandazwecke ausgebeutet werden konnten. Doch die kapitalistische Konterrevolution hat die kollektivierte

Fortgesetzt auf Seite 23